

# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreifundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 17. Februar 1932

Nummer 14

### Unser Nachwuchs

In der Polemik über die Fragen des Lehrlings-Kostgeldes und der Lehrlingsausbildung werden in Nr. 10 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ auch die Lehrer der Berufsschulen als Zeugen dafür aufgerufen, daß die jetzige Höhe des Kostgeldes und der vom Lehrherrn „geschenkte“ Schulunterricht der Erziehung hindernd im Wege stehen. In einem weiteren Aufsatz wird die Umstellung des Nachwuchses auf ein besser vorgebildetes Menschenmaterial gefordert, weil nach der Ansicht des betreffenden Artikelschreibers die jetzigen Lehrlinge mit ihrer zu geringen Vorbildung niemals das werden können, was die alte aussterbende Gehilfenschaft noch ist. In diesem Artikel und in Nr. 11 der „Zeitschrift“ werden dann die von der Schule abgehenden Abiturienten als das richtige Menschenmaterial für den buchdruckerischen Nachwuchs empfohlen.

Was sagt nun der Fachlehrer, der berufene Lehrlings-erzieher, zu diesen wichtigen Fragen. Was den „geschenkten“ Unterricht für unsere Lehrlinge anbetrifft, so ist zunächst der Vergleich mit dem Studieren an der Universität und Hochschule, der sich die Mittel und den Lebensunterhalt zum Studium unter schwersten Umständen selbst erwerben müsse, ganz abwegig. Wer sind denn die Studenten, die sich die Mittel zum Studium unter schwersten Umständen selbst erwerben müssen? Doch nur die wenigen, die aus Arbeitern und unteren Beamtentreihen stammen. Der allergrößte Teil der Universitäts- und Hochschulstudenten kommt aus den sogenannten besseren Kreisen und braucht keine Not zu leiden, es sei denn, daß die verfügbaren Mittel in den Kneipen und auf leichtfertige Weise verbräutet werden. Von einem „erworbenen“ Unterricht kann also hier gar keine Rede sein. Im Gegenteil, der Hochschulstudent bekommt vom Staat ein ganz schönes „Geschenk“. Während nämlich die Gemeinde für einen Vorbildungsschüler in drei Jahren etwa 375 M. aufwenden muß, kostet dem Staat ein Hochschulstudent in der gleichen Zeit etwa 4500 M. Wenn der Artikelschreiber meint, daß der Berufs-schulunterricht vom Lehrling höher eingeschätzt wird, wenn er denselben selbst zu bezahlen hat, dann muß ich darauf erwidern, daß der allergrößte Teil unserer Lehrlinge den großen Wert des Unterrichts schon längst selbst erkannt hat. Leider ist diese Erkenntnis bei vielen Lehrmeistern und besonders bei denjenigen, welche die Kosten des Unterrichts abschütteln möchten, noch nicht vorhanden. Wie oft kommt es doch vor, daß dem Lehrling, wenn er zum Unterricht gehen muß, die Auslosigkeit desselben vorgeworfen wird. Wären die Lehrlinge nicht selbst überzeugt vom Wert der Schularbeit, dann würden sie nicht mit der Freude und mit dem Eifer dem Unterricht folgen, wie das tatsächlich der Fall ist. Ja, wir haben viele Lehrlinge, die von dem kleinen Betrag, der ihnen von den Eltern als Taschengeld überlassen wird, ihre Fachbücher, Fachzeitschriften und Zeichenmaterialien kaufen. Daß der Lehrling in der körperlichen Entwicklung steht und deshalb einen gesunden Appetit hat, daß er auch anständig gekleidet erscheinen soll, die Eltern also das Kostgeld für diese Dinge brauchen, dafür kann doch der Lehrling wirklich nichts. Diejenigen Prinzipale, denen es wirklich ernst ist mit der Lehrlingsausbildung, werden den Berufsschulunterricht als einen notwendigen Bestandteil der Ausbildung anerkennen und gern die verhältnismäßig geringen Kosten dafür tragen. Die veräußerten Stunden und das geringe Schulgeld, wenn schon ein solches erhoben wird, werden durch vermehrtes Können doppelt und dreifach wieder eingebracht.

Die Forderung nach der Umstellung des Nachwuchses auf ein besser vorgebildetes Menschenmaterial wirkt ganz komisch in einer Zeit, in der das Gewerbe durch die eingeschärften und in der Lehrlingsordnung vorgeschriebenen Eignungsprüfungen die Möglichkeit hat, die besten für unseren Beruf auszuwählen. Und es wurde doch gerade in der letzten Zeit wiederholt festgestellt, daß die Qualität unseres Nachwuchses wesentlich besser geworden ist. Es ist auch recht sonderbar, daß wir, wenn ich bei entsprechenden Anlässen für eine strenge Eignungsprüfung eingetreten bin, besonders von Unternehmerseite entgegengehalten wurde, die geforderten Kenntnisse und Fähigkeiten seien gar nicht so wichtig, der Lehrling würde sich während der Lehrzeit schon noch entwickeln. Nach meiner Kenntnis haben die Fachausfüsse in der letzten Zeit nur solche Anwärter ausgesucht, die in jeder Hinsicht den Anforderungen des Berufs entsprechen. Diejenigen

Prinzipale, welche die Vermittlung des Berufsantes oder des Fachausfusses ablehnen und ihre Lehrlinge ungeprüft einstellen, tragen selbst die Schuld, wenn sie Mißgriffe machen. Übrigens haben sie dann immer noch Gelegenheit, vor Ablauf der Probezeit eine Änderung vorzunehmen. Aber es ist einfach nicht wahr, daß der jetzige Buchdrucker-nachwuchs schlechter ist als in früheren Zeiten. Man serviere doch nicht immer die eigne Lehrzeit. Das Buchdrucker-gewerbe soll froh sein, daß es jetzt geordnete Lehrlingsverhältnisse hat. Und wenn früher die Ausbildung eine bessere gewesen sein soll, dann haben sich eben die Lehrmeister mehr und intensiver mit den Lehrlingen abgegeben und abgeben können, als dies heute der Fall ist. Wie ist es denn heute? Sind nicht viele Lehrlinge stundenlang tagelang sich selbst überlassen, weil das Arbeitstempo im Betrieb eine eingehende Beschäftigung mit dem Lehrling nicht zuläßt? Mühen nicht viele Lehrlinge wochen- und monatelang, ja manchmal jahrelang ein und dieselbe Arbeit machen? Durch eine solche „Ausbildung“ wird die Berufsliebe und der Arbeitseifer bestimmt nicht gefördert. Gewiß gibt es unter den heutigen Lehrlingen auch mitunter einen, der alles auf die leichte Schulter nimmt und vom Lernen nicht viel wissen will. Solche hat es aber schon immer gegeben und wird es auch in Zukunft geben. Abgesehen von diesen geringen Ausnahmen, haben unsere Lehrlinge den gefunden Lerntrieb in sich, sie wollen vorwärts kommen in ihrem Beruf. Wenn gegenteilige Behauptungen aufgestellt werden, dann hat man sich noch keinerlei Mühe gemacht, einmal die Psyche dieser jungen Menschen zu studieren. Sie kommen mit derselben Begeisterung zum Beruf, wie dies früher auch der Fall gewesen ist. Die sonst immer und auch mit Recht betonte Leistungsfähigkeit des Buchdrucker-gewerbes ist doch wahrlich ein Beweis dafür, daß auch die junge Berufs-generation, ohne eine „bessere“ Vorbildung gehabt zu haben, etwas gelernt hat. Das bezieht sich auch auf die Lehrmeister selbst, denn ein großer, vielleicht sogar der größte Teil von ihnen kann nur die gewöhnliche Volksschulbildung aufweisen. Klein, die „bessere“ Vorbildung tut's nicht. Was der Lehrling braucht, um ein tüchtiger Geselle zu werden, das ist vor allem Dinge eine systematische V e r t r i e b s - a u s b i l d u n g und die Weiterbeschäftigung nach Beendigung der Lehrzeit. Gebt doch die Lehrlinge nicht nur den „papierernen“, sondern den wirklich b e f ä h i g t e n Meistern zur Ausbildung, die auch etwas pädagogisches Geschick haben. Ich deute damit auf eine Aufgabe der Meisterprüfung hin, auf die ich aber an dieser Stelle nicht eingehen will. Wenn die Ausbildung den Lehrlingen der Lehrlingsordnung entsprechend durchgeführt wird, wenn es Leitsatz ist, daß der Lehrling zum Lernen und nicht zum Verdienen da ist, dann wird auch der heutige Nachwuchs ein tüchtiger werden. Wenn dann der „Zeitschrift“-Artikler schreibt, daß die Lehrlinge allen Anlaß hätten, sich „ordentlich auf die Hosen zu setzen und sich in der freien Zeit weiterzubilden“, dann muß ich schon sagen, daß er über die Bildungsarbeit der Lehrlinge gar nicht im Bilde ist. Ich stehe seit zwanzig Jahren in der Berufserziehung und kenne die Lehrlingsarbeit nicht nur einer Stadt. Überall konnte ich feststellen, daß sich die Lehrlinge mit einer wahren Begeisterung ihrer Weiterbildung in der freien Zeit widmen. Die Ergebnisse aus den freiwilligen Lehrlingskursen, aus den Wettbewerben, aus dem Fachschulunterricht und aus den Gehilfenprüfungen beweisen doch das zur Genüge. Aber was wird denn aus den Lehrlingen, wenn sie sich bemüht und andre kräftig mitgeholfen haben, die Grundlagen für die Berufserziehung sich aneignen? Sofort nach beendigter Lehrzeit werden die meisten entlassen. Monate- und jahrelang kommen viele Renausgelernte nicht mehr zur praktischen Betriebsarbeit. Wenn man schon die Gefahr sieht, daß die jetzige junge Berufs-generation nicht mehr das leistet wie die alte, warum gibt man dann den ausgelernten Gehehen und Druckern nicht die Möglichkeit zur weiteren Entwicklung und Erthätigung? Diese jungen Kräfte gehen vielmehr leichs zugrunde, weil sie den liebgekommenen Beruf nicht mehr ausüben können. Wenn sie kein Interesse am Beruf und an ihrer Weiterbildung hätten, dann würden die von den Fachschulen, von den Arbeitsämtern, vom Bildungs-verband der Deutschen Buchdrucker und von den Sparten eingerichteten Erwerbslostenurse nicht den starken Versuch aufweisen.

Das Heil für einen besseren Buchdrucker-nachwuchs liegt man nun in der Herinnahme von Abiturienten. Ich be-

haupte, daß diese Lehrlinge trotz ihrer „Vorbildung“ nicht besser werden als die jetzigen. Die Erfahrungen zeigen im Gegenteil ganz andre Erscheinungen. Der Mittelschüler-Lehrling dünkt sich in allen Angelegenheiten als „gelehrt“. Über die unbedingt notwendigen elementaren Grundfächer der Berufsarbeit geht er ganz oberflächlich hinweg. Auf Grund seiner „höheren“ Vorbildung will er sich von andern nicht belehren lassen, zudem glaubt er, durch sein Alter eine andre Behandlung beanspruchen zu können als ein „gewöhnlicher“ Lehrling. Nach den gemachten Beobachtungen kann festgestellt werden, daß die Lehrlinge aus der Volksschule, im richtigen „Lehrlingsalter“ stehend, viel ernster, gewissenhafter und zugänglicher bei der Bildungsarbeit sind, als die Lehrlinge aus der Mittelschule. Auch bei den Prüfungen hat es sich gezeigt, daß die Lehrlinge mit Mittelschulbildung den übrigen in gar keiner Weise überlegen sind, nicht einmal in den schriftlichen Arbeiten. Und wenn der „Zeitschrift“-Artikler meint, die Abiturienten tun in ihrer freien Zeit mehr für die Weiterbildung, haben überhaupt mehr Berufsinteresse, dann täuscht er sich ganz gewaltig. Dieser Lehrling ist das „freie“ Leben aus seiner Studienzeit gewöhnt, er stellt schon ganz andre Ansprüche an das gesellschaftliche Leben, er sieht nicht mehr unter der strengen Aufsicht der Eltern, und das Interesse für den Sport, welches den jetzigen Lehrlingen bei jeder Gelegenheit als erziehungshindernd vorgeworfen wird, ist beim Mittelschüler in weit höherem Maße vorhanden. In einer Hinsicht wäre er infolge seines Auftretens dem „zahmen“ Volksschüler-Lehrling allerdings überlegen. Er ließe sich nicht als Laufburche verwenden, wie dies leider noch mit vielen Lehrlingen geschieht, er ließe sich auch nicht wachern und monatelang mit der gleichen Arbeit beschäftigen. Er würde sich nicht scheuen, dem Lehrmeister das zu sagen, was ihm nicht paßt. Und mancher Prinzipal, Betriebsleiter und Faktor müßte sehr auf der Hut sein, damit ihm der zwanzigjährige „Lehrling“ nicht über den Kopf wächst. Seine Forderungen, die er nach dem Auslernen auf Grund seiner Vorbildung in bezug auf die Beschäftigungsart und auch auf die Entlohnung stellen würde, würden sicher auch nichts zu wünschen übrig lassen.

Das Buchdrucker-gewerbe hat also noch nicht genug damit, daß schon so viele Berufs-fremde die tüchtigen Kräfte verdrängen, der ganze Beruf soll scheinbar „atemberrert“ werden. Es wäre wirklich an der Zeit, mit diesen Experimenten Schluss zu machen. Wenn die Leistungsfähigkeit unfres Berufs auf der jetzigen Höhe erhalten bzw. gesteigert werden soll, dann müssen für die Heranbildung des Nachwuchses andre Gesichtspunkte maßgebend sein, als die von den Verfassern der „Zeitschrift“-Artikel propagierten.

Kürnberg.

Gottlieb Fischer.

### Kapitalbesitz und Menschenwert

In der kapitalistischen Welt ist es ohne Frage so, „Besitz gibt überall den Anschlag“. Nach Besitz und Besitzmehrung streben alle. Soweit in dieser Welt der geistigen und seelischen Armutlosigkeit überhaupt von einer Lebensanschauung die Rede sein kann, gipfelt sie in dem Satz: „Mir geht nichts über mich“.

Es ist sehr ideo und kalt in der kapitalistischen Welt. Hinter aufdringlichem Ruin und Glanz versteckt sich außerordentlich viel menschliche Hohlheit. Nicht einmal Menschen, die in der kapitalistischen Schicht die erste Rolle spielen, verfügen immer über ein einigermaßen Befriedigendes Wissen über Welt und Menschen und Leben. Ihr Geistesleben erschöpft sich in dem, was zum Geschäft und Gede-machen gehört; und selbst hier ist das Wissen und Verstehen noch durchweg sehr lüdenhaft, jedenfalls ohne die Kraft des Erfassens und Umschaffenens weiter wirtschaftlicher Zusammenhänge und Notwendigkeiten. Es ist ein äußerst trauriges Bild, das sich dem aufmerksamen Beobachter zeigt, wenn er in die steinig, kraftarmen, ertrags-unfähigen Gebiete des geistigen Lebens schaut, in denen der Kapitalismus den Ton und den Inhalt angibt.

Wie überall im Leben, gibt es auch hier Ausnahmen. Dasen in der Wüste geistiger Saft- und Kraftlosigkeit. Es tut außerordentlich wohl, einmal eine starke, eigenartig tiefere geistige Kraft im Kapitalistenlager anzutreffen, einen wirklich wertvollen, zum Führen innerlich berechnen Menschen, der weiß, daß sich seine Aufgabe, die er innerhalb der Volksgemeinschaft hat, nicht im Gewinnstreben erschöpfen darf.

Die Wirtschaftswelt hängt noch mit tausend Fesseln im kapitalistischen System. Es scheint zwar manchmal so, als müße dieses System an der eignen Unfähigkeit und Unmoral zerbrechen. Fraglos wird es auch untergehen. Wie war das so überzeugend deutlich erkennbar wie jetzt. Aber dennoch darf niemand übersehen, daß gerade in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dingen das Naturgesetz der Beherrschung eine große Kraft hat. „Die Entwicklung macht keine Sprünge.“

Es muß nicht länger „gute Miene zum bösen Spiel gemacht werden“, wenn in der Kapitalistenherrschaft menschliche Anzulänglichkeiten und Minderwertigkeiten erkannt werden. Die unfähigen oder doch ungeeigneten Menschen in Führerstellung sind eine große Gefahr für das wirtschaftliche und soziale Wohl des Volkes. Wenn der Öffentlichkeit gezeigt wird, wie und wo sie verlagert haben, wie sie wirklich aussehen, wenn das gesellschaftliche Drum und Dran von ihnen genommen wird, dann wird das die Denkräfter und Launen doch vielleicht mehr aufrütteln, als wenn ihnen die Fehler und Ungerechtigkeiten in den Einrichtungen und im Recht des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens gezeigt werden. Wenn sich die Besitzlosen vergegenwärtigen, eine wie außerordentlich weitreichende Macht dem Eigentumsrecht verliehen worden ist, werden sie unschwer einsehen, daß großer Besitz in den Händen Unfähiger und Unmoralischer eigentlich eine gesellschaftliche Unmöglichkeit und Unverantwortlichkeit ist. Wenn das persönliche Eigentumsrecht am Grund und Boden und an den Wirtschaftsmitteln als zweckmäßig oder sogar als gerecht vertretbar wird, dann sollte das mindestens mit dem Zufall geschehen, daß der Verfügungsberechtigte über die Selbsthaltungsmittel der Gesamtheit persönlich für solche bevorzugte Stellung geeignet sein muß. Das geschieht aber durchaus nicht. Die Vertreter des kapitalistischen Systems setzen früher wohl voraus, daß der Unfähige im ehemaligen freien Wettbewerb schnell von den Fähigern um sein Eigentum gebracht würde. Das war ja auch weitgehend so in diesem stichtisch so rohen und gewalttätigen System. Im Lauf der Zeit ist das anders geworden. Das Recht, das den Besitz schützte, wurde immer weiter ausgebaut, und die Sicherheiten für Menschen und Sachwerte vergrößerten sich. Heute kann sich großer Besitz auch in den Händen von Trotteln generationenlang erhalten. Er vermehrt sich sogar in ihren Händen, ohne daß sie in irgendeiner Hinsicht auch nur das Allgeringste leisten oder auch nur leisten können. Auch der Trottel genießt hohes öffentliches Ansehen, wenn er reich ist; oft werden sogar Straßen und Plätze nach ihm benannt. So wenig ist innerhalb der heutigen Welt, die den Stempel des Kapitalismus trägt, ein gesundes, natürliches Empfinden dafür vorhanden, daß es der Mensch sein muß, an dem sich das öffentliche Urteil zu bilden hat und nicht der tote Besitz. Ehre, Ansehen, Einfluß, Höflichkeit aber vom Besitz ab. Diese beherrschende Feststellung sollten wir uns mit aller Ehrlichkeit immer wiederholen. Aber wir wollen nicht vergeßen, uns einzugestehen, daß es unsere Aufgabe und unsere Pflicht ist, diesen kulturwürdigen Zustand zu ändern. Es ist hauptsächlich die Gedankenlosigkeit der Masse, die die Schuld daran trägt, daß ein falscher Nimbus um die Menschen liegt, die viel besitzen und viel verdienen. Das Wort „verdienen“ ist eigentlich gar nicht angebracht, denn es besteht ja nur ganz ausnahmsweise die Absicht, zu „dienen“, indem man etwas „unternimmt“ oder indem man etwas wahrnimmt. Man will „ausbeuten“, Leute einheimsen, was immer auf Kosten anderer geschieht muß.

Wenn der Unternehmer ein bedeutender, ein wirklich kluger und tüchtiger Mensch ist, mag man ihn gerne ehren und achten. Er ist ja persönlich nicht für die Fehler und Mängel der Gegenwartswirtschaft und Gegenwartskultur verantwortlich zu machen. Er wird als Persönlichkeit innerhalb des heutigen Wirtschaftsgeschehens auch dem allgemeinen Fortschritt und dem Sieg des Rechts und der Moral über Unrecht und Unmoral zu dienen versuchen. Er wird strenge gegen sich selbst sein und sich selbst schwere Aufgaben stellen, wenn die Verhältnisse ihn zwingen, auch strenge gegen andere sein zu müssen. Der wahrhaftige, der innerlich für sein „Amt“ berufene Führer wird die ganze Schwere der Verantwortung fühlen, die er gegen Volk und Staat hat. Dieser Führer wird auch bescheiden und genügsam sein und keine Nebenbedeutung für sich vorweg fordern, wenn das gemeinsame Ergebnis der Arbeit verteilte werden soll. Aber leider sind diese Führer in der Wirtschaft „weiße Raben“. Gewöhnlich hält man es für „sein gutes Recht“, sich auf Kosten anderer schamlos so sehr zu bereichern, als es nur eben erreichbar ist. An der Minderwertigkeit der heutigen „Wirtschaftsführer“ der hochgestellten sowohl als auch der weniger hochgestellten, wird die kapitalistische Wirtschaft zerbrechen. Sie züchtet selbst in immer stärkerem Grade Minderwertigkeit. — p.

### Anglaublich!

Wie aus Preisermeldungen hervorgeht, will man die gesetzliche Invalidenrente — verankert durch den Preisabbau — kürzen. Wie ist es möglich, einen solchen Gedanken zu haben, da doch wohl in den meisten Fällen diese Rente so minimal ist, daß eine Familie damit kaum ihr Leben fristen kann. Ist denn die maßgebende Stelle jeden Mitempfindens unfähig für diese Menschen? Dann wäre es angebracht, daß diese Herren, welche solche Vorschläge ausarbeiten, einmal auf diesen Betrag gesetzt werden, nur für einen Monat, um davon leben zu können, dann würden die Herren luriert sein und nicht mehr glauben, daß es dem Arbeiter zu wohl geht. Aber auch ein anderes Moment spielt noch mit. Die Kommunen werden wieder höher

**Die Erneuerungsfest für den  
Postbezug des „Korrespondent“  
läuft bis 25. jeden Monats.**

Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf.  
20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines  
Monats ausgegebene Bestellungen.

befastet, da im Falle eines Abbaues der Invalidenversicherung die Wohlfahrtsstellen wieder mehr in Anspruch genommen werden. Man hat uns nun gerade genug genommen seit dem Erlaß der Notverordnung, nun soll auch noch das Letzte, worauf der Arbeiter Anspruch für seine alten Tage hat, falls er sie noch erlebt, abgebaut werden. Noch glaube ich nicht, daß dort, wo die Gekesmaschine arbeitet, jedes Mitgefühl abhanden gekommen ist. Darum rufe ich den Kollegen zu: Protestiert in den Versammlungen, sammelt Unterschriften in den Betrieben, gebt dem Verband und den politischen Parteien das Material, damit es den maßgebenden Stellen übermittelt werden kann! Hier gilt es wie nie, einmütig zusammenstehen, einig im Willen und im Handeln.

W. Schneider (Köln).

### Internationales Buchdruckersekretariat

Sitzung der Sekretariatskommission  
vom 4. Februar 1932

Das Sekretariat teilte mit, daß der belgische Typographenbund neuerdings einen außerordentlichen Kongress abhalten wird zur Behandlung der internen Lage des Verbandes. Laut Mitteilung des ungarischen Verbandes ist der Tarif um einen weiteren Monat, auf den 31. Januar, verlängert worden.

Die Verhältnisse in der bulgarischen Bucharbeiterbewegung wurden an Hand von zwei beim Sekretariat eingegangenen Berichten neuerdings behandelt. Da auch die beiden andern Internationalen des graphischen Gewerbes an der Frage interessiert sind und die Erweiterte Sekretariatskommission die Angelegenheit im heutigen Stadium noch nicht behandelt hat, wird beschloffen, vorläufig alle interessierten Parteien zu konsultieren und gegebenenfalls später gemeinsam mit dem IGB. einen Weg zur Sanierung der Verhältnisse in Ungarn zu suchen.

Die durch den Verband der Deutschen Buchdrucker getroffene Maßnahmanahme auf dem Gebiet des Beitrags- und Unterstützungswezens wurden auf Grund eines ausführlichen Artikels zur Kenntnis genommen, und mit Befriedigung wurde festgestellt, daß laut neuesten Berichten die Anordnungen sich bewähren. Diese Feststellung war für die Kommission um so erfreulicher, als der Verband der Deutschen Buchdrucker vor der Erneuerung des Manteltarifs steht, der seine ganze Kraft in Anspruch nehmen wird.

Die Kommission nahm einen Bericht des polnischen Verbandes über seine schwierige Lage zur Kenntnis. Die Arbeitslosigkeit beträgt 45 Proz. der Mitgliederzahl, die Kurzarbeit 30 Proz., die Löhne sind überall herabgesetzt worden, während da und dort Verbesserungen eingeführt werden konnten in der Lehrlingsfrage. Die schwere allgemeine Lage hat naturgemäß zu Maßnahmen geführt auf dem Gebiet des Unterstützungswezens. Da die Beiträge nicht mehr gesteigert werden konnten (für Vollarbeiter betragen sie bis 15 Proz. des Lohnes), mußten die Unterstützungen abgebaut werden. Die Arbeitslosenunterstützung wird dem Eingang an Beiträgen angepaßt, während das Blattum fast nirgends mehr ausbezahlt werden kann. Die Kommission bringt den getroffenen Maßnahmen Verständnis entgegen und hofft, daß sich der polnische Verband durch alle Wirrnisse hindurch behaupten wird.

Eine von außen kommende Anregung betreffend allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit wurde ausgiebig besprochen. Anlässlich der Tagung des IGB. im März in Bern wird mit Vertretungen der beiden andern graphischen Internationalen eine Besprechung stattfinden, die wahrscheinlich eine weitere Konferenz zur Folge haben wird. Die auswärtigen Mitglieder der Erweiterten Sekretariatskommission sollen über diese Frage auf dem laufenden gehalten werden. Im übrigen wird sich die Sekretariatskommission im Rahmen der Kongressbeschlüsse an jeder Aktion zur Verkürzung der Arbeitszeit beteiligen.

Die endgültige Tagesordnung der Konferenz der Internationalen Berufssekretariate mit dem Vorstand des IGB., am 15. März 1932 in Bern, wurde zur Kenntnis genommen und ein Punkt besonders ins Auge gefaßt. Die Stellungnahme soll auch hier mit derjenigen der beiden andern Internationalen des graphischen Gewerbes festgelegt werden. Die Kommission wird sich in den öffentlichen Sitzungen des IGB. und in der gemeinsamen Abrüstungskonferenz vom 11. März vertreten lassen.

Das Ergebnis der Jahresrechnung über 1931 des Internationalen Sekretariats wurde auf Antrag der Revisoren zur Kenntnis genommen und der Rechnungsführer entlastet. Die Kasse erleidet einen fühlbaren Rückschlag, hervorgerufen durch stark verminderte Einnahmen und eher noch erhöhte Ausgaben. Immerhin wird das Sekretariat dank der früheren vorzüglichen Kassenbearbeitung seine Aufgaben auch fernerhin in vollem Umfang erfüllen können.

### „Deutsche“ Reptilienblätter in Polen

Eine der besten unter den vielen üblen Erscheinungen im Preßewesen der Republik Polen bilden die von den Machthabern der gegenwärtigen Diktatur unterhaltenen und geförderten sogenannten „loyalen“ deutschen Zeitungen. Es hat ihrer mehrere gegeben, sie tauchen bald hier, bald dort auf, führen aber meist nur ein kurzes, jämmerliches Dasein, da der Zweck ihres Bestehens und ihre Tendenz zu durchsichtig sind, sehr bald durchschaut werden und jeder anständige Mensch sich hütet, sie in die Hand zu nehmen. So erschien in Danzig die „Baltische Presse“, die ganz offen von der polnischen Regierung subventioniert wurde und die Aufgabe hatte, in dieser zu 97 Proz. deutschen Stadt in deutscher Sprache polnische Propaganda zu treiben. In Wlasyk erschien das „Neue Schlesische Tageblatt“, ein Organ des berüchtigten Kultur- und Wirtschaftsbundes des ebenso berüchtigten schlesischen Wojewoden Grazynski, die nach kurzem Bestehen unter Hinterlassung von viel Gestank ebenfalls bald von der Wildfäule verschwand. In Lodz treiben ihr Unwesen ein gewisser Danielewski und ein von der Danziger Sozialdemokratie ausgehender Spiegel Gebauer, deren Tätigkeit darin besteht, Ergebenheitsgramme an den Staatspräsidenten und den Diktator Pilsudski zu fabrizieren, Eingaben an den Wälscherbund gegen die geringste Existenzberechtigung, sie haben auch keine Abonnenten, und das Geld, das für ihre Unterhaltung ausgegeben wird, ist eine glatte Vergebung der so schwer aufzubringenden Steuerzuschüsse zum Zweck der Vergiftung und Korruption der öffentlichen Meinung. Die Personen, die sich diesen Unternehmen zur Verfügung stellen, sind der Natur der Sache nach ausschließlich übel beleumdete Subjekte, dunkle Existenzen, Abenteuerler oder direkt bezahlte Spigels, es sind Preßehänen im wahren Sinne des Wortes.

Jetzt hat wieder ein derartiges Reptilienblatt in Pommernellen, dem früheren Westpreußen, sein unruhiges Ende gefunden. Über dies Blatt und seinen „Herausgeber“ kann die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg das folgende mitteilen: „In Königs tauchte im vorigen Jahr an dem dortigen, in einem polnischen Verlag erscheinenden „Königlicher Tageblatt“ ein Redakteur auf, der sich Hans von Helbe nannte und dem genannten Blatt eine ganz sonderbare Richtung zu geben versuchte. Das Experiment mißglückte jedoch, und er wurde entlassen. Bald darauf erschien in derselben Stadt eine neue Zeitung, die „Pommerscher Neuesten Nachrichten“, die dem genannten Hans von Helbe zum Herausgeber hatte, unter den deutschen Pommernellen Polonisierungspolitik treiben wollte oder sollte und zu diesem Zweck Hunderten von Deutschen ins Haus geschickt wurde. Im Kreise Graudenz prangte der Absdestempel des dortigen Starosten (Landrats) auf dem als Druckfach portofrei veranderten Streifenbändern. Diesem auch drucktechnisch auf tauzigstem Niveau stehenden Blättchen war auf den ersten Blick anzusehen, daß es sich um polnische Maschinenfabrik handelte, die auf Kosten auch der deutschen Steuerzahler unter der deutschen Bevölkerung Seelenfang betreiben sollten. Es muß in der Königer Druckerei etwas nicht geklappt haben, denn nach kurzer Zeit besetzte Herr von Helbe in eine Druckerei nach Stargard über. Wie in der Königer, so war auch in der Stargarder Druckerei seines Weibens nicht lange, so daß er mitamt seinem Blättchen schließlich nach Jampelberg in die „renommierte Druckerei des Herrn Kasprowicz“ überbesetzte. Hier erließ der Kreisstarost eine regelrechte Verfügung an die deutschen Kreisangehörigen, die in deutscher Übersetzung lautet: „Der Kreisstarost in Jampelberg. Seit einiger Zeit erscheint in Königs die deutsche Zeitung „Pommerscher Neueste Nachrichten“. Diese Zeitung hat eine gemäßigte Richtung und ist gegen den Staat loyal gesinnt. Ich überlasse hiermit eine Probenummer dieser Zeitung und empfehle das Abonnement derselben, da sie sich im Hause jedes lokalen Staatsbürgers befinden muß, um so mehr in Ihrem Hause, da Sie eine Monopolkonzession bzw. den Verkauf von Monopolwaren besitzen, in bedeutendem Maße aus den von der Regierung verliehenen Privilegien Nutzen ziehen und deshalb eine gegen die Regierung loyal gesinnte Zeitung unterstützen müssen. Der Kreisstarost. Denaq.“ Wer ist nun dieser Hans von Helbe, dessen sich die pommerschen Starosten bedienen, um den Deutschen Loyalität gegen den polnischen Staat beizubringen? Wie seinerzeit die „Danziger Neuesten Nachrichten“ und nach ihnen viele reichsdeutsche Zeitungen berichteten, ist dieser „loyale Deutsche“ der in Danzig faktisch bekannte Spigel Hugo Ernst Lübeck, der einer Joppoter Familie entstammt. Er wurde im Jahre 1909 zu sechs Monaten Gefängnis wegen Beleidigung verurteilt und ging dann im Jahre 1911 als Schriftsteller der „Neuen Deutschen Zeitung“ nach Brasilien, von wo er 1919 wegen Sittlichkeitsvergehens ausgewiesen wurde. So kam er nach Danzig, wo er sich als „deutscher Nationalist“ ausgab, gleichzeitig aber mit der kommunistischen Bewegung in Verbindung stand und dabei noch eine angeblich „kaiser-treue“ Zeitschrift herausgab, bis er 1924 als polnischer Spion entlarvt wurde. Dann tauchte sein Name in Verbindung mit einem Prozeß in Deutschland auf, wo er wegen vollendeten Landesverrats zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Im Jahre 1929 vorzeitig aus dem Zuchthaus entlassen, betätigte er sich unter dem Namen Dr. med. Rudolf Feld in Wlasyk, gab als Dr. phil. Baron

von Truxa eine kurze Gastrolle in Thorn und ist nun als Dr. Hans von Helbe in Königsberg gelandet. Wie dem in Pöplin erscheinenden polnischen Blatt „Wielogryn“ mitgeteilt wird, soll der Stargarder Drucker dieses Helbe'schen Reptilienblattes erklärt haben, daß die beiden Starosten von Königsberg und Stargard auf Grund eines schriftlichen Auftrags des Wojewoden von Pommerellen gefandelt haben. Das Blatt habe kaum ein Dutzend Abonnenten gehabt, wurde aber in 400 Exemplaren gedruckt. Es ist, wie oben bemerkt, inzwischen eingegangen. Mit diesen „Helbe“-Blättern, die sicher schweres Geld kosteten, vergleiche man die Schwierigkeiten, die den aufrichtigen und ehrlichen deutschen Zeitungen in Polen bereitet werden.

### „Patrioten“

(Berichtigung)

Nach einem uns am 13. Februar zugegangenen Schreiben der Firma S. Fischer Verlag in Berlin W 57, Bülowstraße 90, bezieht die in dem Artikel „Patrioten“ in Nr. 9 auf Seite 42 des „Korr.“ vom 30. Januar d. J. enthaltene Behauptung, daß der S. Fischer Verlag ebenfalls einen großen Teil seiner Bücher in der Tischschloßwarei habe drucken lassen, insofern einer Berichtigung, als der genannte Verlag weder bisher in der Tischschloßwarei habe drucken lassen, noch die Absicht habe, dies künftighin zu tun.

Da wir annehmen, daß diese Feststellung sachlicher Wahrheit entspricht, würden wir es begrüßen, wenn diese Berichtigung von unseren Lesern mit der gleichen Aufmerksamkeit gelesen wird, wie dies im Falle der gegenteiligen Mitteilung in Nr. 9 des „Korr.“ die sich auf eine vorausgegangene Veröffentlichung in der Zeitschrift „Die Wahrheit“ stützte, der Fall gewesen ist.

### Korrespondenzen

**Wien (Wirt.).** Unsere Generalversammlung am 16. Januar hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Die Newswachen brachten keine Änderungen. Der gewaltige Lohnabbau durch die Notverordnung wurde aufs schärfste verurteilt. Da alle Kollegen, ausgenommen die Maschinenleger, vertilgt schafften, so wird dieser Lohnraub hier selbst doppelt schwer empfunden. In der recht lebhaften Debatte kam dann auch ein starker Anwurf über die jetzigen Zustände zum Ausdruck. Es wird erwartet, daß der Verband seinen ganzen Einfluß dafür einsetzt, daß weitere Verschlechterungen abgewehrt werden. Mit den Worten, daß uns das neue Wirtschaftsjahr 1932 vor weiteren Rückschlägen bewahren und uns dadurch wieder neue Hoffnung auf eine bessere Zukunft geben wird, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung. — Anschließend wurde dann die Hauptversammlung des Bildungsverbandes abgehalten, auch hier wurde der alte Vorsitzende wiedergewählt.

**Bremen.** Unsere Hauptversammlung am 20. Januar im „Bereinshaus“ hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Nachdem die Ehrung eines verstorbenen Kollegen vorgenommen war, konnte Bezirksvorsitzender G o l e r t der Versammlung die Mitteilung machen, daß vom Arbeitsamt Bremen nunmehr auch für die jüngeren arbeitssuchenden Buchdrucker Tagesstufen für Seher und Drucker eingerichtet worden seien, die von beschäftigten älteren Kollegen geleitet werden. Die Kurse werden Dienstags und Freitags, von 2 bis 7 Uhr, in den vorbildlich ausgestatteten Buchdrucklehrwerkstätten der Fortbildungsschule durchgeführt. Damit ist den jüngeren Kollegen, die durch lange Arbeitslosigkeit aus dem Produktionsprozess ausgeschieden sind, eine gewisse Berufsfremdschuld zur Folge haben kann, Gelegenheit gegeben, ihr fachliches Wissen und Können nicht nur wieder aufzufrischen, sondern auch noch zu bereichern. Hierauf erstarkte der Vorsitzende den Jahresbericht und ging auf die Wünsche, die im Laufe des Jahres auf gewerkschaftlichem und wirtschaftspolitischem Gebiet auch bei den Buchdruckern reiches Widerhall gefunden hatten, näher ein. Aus dem Bericht war u. a. erwähnenswert die Lage im Gewerbe, die sich durch die bekannten Zusammenbrüche großer Industrieunternehmen und der Bankkrise im letzten Sommer bis zur Jahreswende katastrophal verschlechterte, da namentlich die größte Druckerei am Ort viel Arbeitskräfte abstoßte. Am Anfang des Jahres betrug die Arbeitslosigkeit 192, bei einem Mitgliederstand von 780 Kollegen, und konnte gegenüber den meisten übrigen Gewerkschaften immer noch als günstig bezeichnet werden. Im Laufe des Jahres stieg diese Ziffer durch die verheerende Wirtschaftskrise bis Anfang 1932 auf etwa 350, was fast die Hälfte der Mitgliedschaft ausmacht. Wenn die Stellungnahme zum Jahresbericht an und für sich keine Kritik auslöste, so wurden in der Aussprache allgemeine Fragen, die uns als Gewerkschaftler besonders angehen, von den Diskussionsrednern erörtert. Eine längere Debatte rief ein Antrag von Mitgliedern der S.W.D. hervor, der verlangte, daß auch der S.W.D.-Gewerkschaftler das „Volkshaus“ zu Versammlungszwecken zur Verfügung stehen müsse. Die erfolgte Annahme dieses Antrags sollte den Vorstand bestimmen, in dieser Sache Schritte zu unternehmen. Die nächsten Tagesordnungsgegenstände galten den Wünschen. Das Vertrauen, das die Kollegenschaft dem engeren Vorstand entgegengebracht hatte, wurde durch dessen einstimmige Wiederwahl neu bekräftigt; bei den Wahlen der Beisitzer und der Delegierten zum Diszussionsausschuß wurden Ergänzungswahlen vorgenommen. Unter „Beschiedenen“ kam der Anwurf über das parteiell einseitige Urteil der hiesigen Gerichtskammer in dem großen Landesfriedensbrudersprozess gegen Mitglieder des Reichsbanners und des Schutzbundes der S.W.D. durch einstimmige Annahme folgenden Antrags zum Ausdruck: „Die Hauptversammlung des Bezirksvereins Bremen im Verband der Deutschen Buchdrucker erhebt ersten Protest gegen das parteiell einseitige Urteil im großen Bremer Landfriedensbrudersprozess gegen Mitglieder des Reichsbanners und des Schutzbundes der S.W.D. Die Versammlung erklart in diesem Urteil den erneuten Beweis, daß



## Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Wilhelm Kutsche in Frankfurt-a. M. Eingetret.: 19. Februar 1882 — Jetzt Junalide



im Kampf gegen den von den Nationalsozialisten erstrebten Faschismus die heutige Justiz und die staatlichen Organe keinen wirksamen Schutz für das Leben und Eigentum der Arbeiterstadt gewährleisten. Die Versammlung richtet an die gesamte Arbeitererschaft den dringenden Appell, gegen kapitalistische Verelendungspolitik und faschistische Diktaturgefahren eine geschlossene proletarische Abwehrfront aufzurichten! Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die Versammlung mit der Aufforderung, in diesem Einigungsjahr nicht nur als Buchdrucker, sondern mit der gesamten Arbeitererschaft eine geschlossene Front zu bilden und mitzuarbeiten für eine bessere Zukunft der Arbeiterklasse, vom Vorsitzenden geschlossen.

**Wülz (Waben).** Unsere Generalversammlung am 9. Januar eröffnete Kollege W i r t h. Er dankte für die rege Mitarbeit im vergangenen Jahr. Das Jahr 1931 war ein Unglücksjahr für den Ortsverein. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit waren Trumpf. Der Tätigkeitsbericht vorzulesen u. a. sehr nennenswerte Vorträge. Die Lehrlingsabteilung zeitigte gute Fortschritte. Kurse in Schriftschreiben, Linseleumschneiden und dergleichen boten unserer Jungmannschaft reichhaltige Ausbildungsmöglichkeiten. Kollege K r a u s wählte in lobenden Worten die Arbeiten des Gesamtwerkstoffes. Diese wurden in seiner bisherigen Zusammenfassung wiedergewählt. Kollege M o r s t a d t übernahm wieder die Arbeit des Lehrlingsleiters, trotz seiner energiegelassen Abwehr. Unser Ortsverein sei jetzt in diesem Jahr sein 30jähriges Bestehen.

**wd. Düsseldorf.** In unserer Jahreshauptversammlung am 23. Januar gab der neu gewählte Vorsitzende, Kollege J ü r g e n, eine Rückschau über das Jahr 1931. In das Buch der Arbeitergeschichte werde dieses Jahr mit schwarzesten Lettern geschrieben werden. Die Lebenshaltung der Arbeiter habe sich durch vieles verschlechtert und verteuert. Die Weltwirtschaftskrise werde zu einem Dauerzustand. Die Kapitalisten wüßten keinen Weg, die Krise zu überwinden, und so bleibe ihnen als einziges Rezept der Lohnabbau. Wegen den in Rheinland und Westfalen sehr stark vorgenommenen Abbau des Leistungslohns konnten viele Betriebe nur schwachen oder keinen Widerstand leisten. Auch der Verbandsvorstand habe den Abbau nicht verhindert. Die Gewerkschaften nähmen heute die Verschlechterungen des Lohnes als eine Selbstverständlichkeit hin. Warum scheine vielen Führern dieses Schicksal unabweidbar und warum setzten die Gewerkschaften ihre Kraft nicht ein? Die theoretischen Fehlschlüsse würden noch nicht von allen erkannt, und Schlagwörter, wie Wirtschaftsdemokratie, Lohntheorie und parlamentarischer Kampf, vernebelten noch vielen das Blickfeld. Die Frage der Verteidigung der Republik sei nicht zu stellen, sondern wir müßten wählen zwischen der Diktatur des Kapitals oder der Diktatur der Arbeitererschaft. Die Republik sei für uns nur eine bessere Plattform zur Austragung unserer Kämpfe. Wir würden kämpfen müssen, ob wir wollen oder nicht, nur würden sich diese Kämpfe, je länger sie hinausgeschoben werden, um so schwerer gestalten. Nicht Demokratie, sondern Sozialismus sei unser Ziel. In der Diskussion verteidigte Kollege K e i n e n b a g die Politik der S.W.D. und Gewerkschaftsführung. Die Führer haben sich gegen den Lohnabbau und die Notverordnung gewehrt und Widerstand geleistet. Wenn die Führer nicht zum Kampf aufgerufen haben, so aus dem Grunde, weil der Erfolg nicht sicher war. Ausschlaggebend sei auch, daß die Massen leer sind. Durch den Eintritt für die Demokratie hat man die Gewähr, daß die Arbeitererschaft die Krise überwindet und der Faschismus nicht die Oberhand bekommt. Von den Kollegen B ä h r i n g e r, K e i n e n b a g und B e r l o n wurden diese Ausführungen unterföhrt. Die Kollegen K e i n e n b a g, G i p p n e r, W e n z e l, F a r b, J ü r g e n, M a l e k s k i, K ö r n e r und D o h n s w i k standen zu den Ausführungen J ü r g e n. Die Gewerkschaften hätten den Boden des Klassenkampfes verlassen, und es sei notwendig, den Verbandsvorstand zu einer klaren Kampfstellung zu zwingen. Die Forderung müsse sein „Kampf gegen jede Verelendung“, unter dieser Parole könne die Einheit der Arbeitererschaft hergestellt werden. In der Demokratie herrsche nur die Freiheit, die Arbeiter schonungslos auszubuten. Bei sechs Millionen Arbeitlosen sei der Traum der Demokratie zu Ende, und es sei fächerlich, die Not als einen Sieg des Sozialismus zu feiern. (?) Der Zusammenschluß aller Ausgebeuteten müsse die Einheitsfront ergeben, die das kapitalistische System stürzt. Eine von Kollegen Reintädler eingereichte, von Breslauer Kollegen

ausgearbeitete und dort gegen zwei Stimmen angenommene Resolution, enthaltend ein zehn Punkte umfassendes Mindestprogramm für die Aktivierung der graphischen Arbeitererschaft, wurde gegen acht Stimmen angenommen. Weiter wurde folgender in der Diskussion eingereicherter Antrag gegen 20 Stimmen angenommen: „Alle wegen ihrer aktiven revolutionären Tätigkeit in Betrieb und Gewerkschaft aus dem Verband der Deutschen Buchdrucker ausgeschlossenen Kollegen werden wieder in den Verband aufgenommen.“ Nach Ausführungen des Kollegen B ä h r i n g e r über den Lohnabbau und die Beitrags- und Unterstüßungsleistung wurde die Verammlung von einigen Voranmissionen in den Druckereien unterrichtet. Durch Einführung der Siebenstundenschicht will die Firma „Industrie-Verlag“ die Verlaufsstunden auf die Arbeiter abwälzen. Wenn das Personal eine Stunde weniger arbeitet, kann die Firma im Jahr 120 000 M. einsparen, während sie jetzt beim Aussehen nur 40 000 M. profitiert. Eine Betriebsversammlung lehnte die Forderung ab und beschloß, 50 Proz. Lohnausgleich zu verlangen. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet. Durch die neue Geschäftsleitung im „Tageblatt“ häufen sich die Konflikte. Die tariflichen Bestimmungen werden umgangen, und als sich die Belegschaft dagegen wehrte, wurde die Hilfsabteilung nach Dornhausen verlegt und 18 Kündigungen ausgesprochen. Die untarifliche Bezahlung wird das Arbeitsgericht beschästigen, da die Firma nicht mehr Mitglied des Deutschen Buchdrucker-Vereins ist. Schließlich wurde auf Antrag des Kollegen Köner beschlossen, die in unfrer Dezemberversammlung angenommene, im „Korr.“ noch nicht veröffentlichte Resolution dem diesmaligen Bericht anzufügen.

**Am erkung der Schriftleitung.** In Abereinstimmung mit der Organisationsleitung lehnen wir es ab, den Inhalt der Resolutionen zu veräußern, die uns mit vorstehendem Verammlungsbericht aus Düsseldorf überandt wurden. Beide Resolutionen laufen auf die Propagierung des Massenstreikgedankens hinaus. Die eine fordert die Steigerung zum Kampfe um die politische Macht im Wege der Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Rätesystems. In der zweiten Resolution aber wird zur Durchsetzung der als Mindestprogramm aufgestellten zehn Forderungen und zur „Bildung der Einheitsfront von unten durch Schaffung von Einheitsfrontorganen auf der Grundlage konkreter Kampfbedingungen“ die Aktivierung und Mobilisierung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen verlangt. Aus diesem Grunde sind „zur Verbreiterung der Basis sofort Verbindungen mit allen revolutionären Kräften und Organisationen aufzunehmen.“ Diese Schritte dürften genügen, um mit ziemlicher Sicherheit auf Text und Verfall der Düsseldorf Resolutionen schließen zu können. Die gegenwärtige Gewerkschaft im gewerkschaftlichen und politischen Leben dürfen nicht ledig unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, wie es sein sollte, sein könnte und sein müßte, sondern weit mehr danach, was angeht der allgemeinen Zeitumstände sowie der gegebenen Machtverhältnisse erstrebenswert und möglich erscheint. Damit soll absolut nichts gesagt sein gegen die Propagierung berechtigter und zeitgemäßer Vorschläge und Forderungen in Form von Entschloßungen. Nur müssen diese wohlbedacht sein und sich freihalten von bloßem Nachplappern und unklaren Gedankenspielen. Für Phantasiegebilde, die auf dem Boden realer Wirtschaftspolitik zusammenbrechen müssen, ist der Raum des „Korr.“ viel zu schade. Vor der Macht der Tatsachen, vor die sich die deutsche Arbeiterbewegung gegenwärtig gestellt sieht, fällt die radikalste Forderung bloßer Reinerneuerung nicht stand. Es führt zu nichts, wenn ungeklärte Fragen zum Gegenstand erbitterter oder häßlicher Polemik gemacht werden. Diese Richtschnur für unsere gewerkschaftliche Tagesarbeit beizubehalten, das ist unter den heutigen traurigen Verhältnissen doppelt notwendig, wenn der gesunde einfache Gewerkschaftsgebanke nicht untergehen soll in dem niederziehenden Wirrwarr unklarer Ideen und dadurch entzweifelten gegenseitigen Vertrauens.

**Düsseldorf.** (Stereotypen und Galvano-plastiker.) Unser Bezirksverein hielt seine diesjährige Jahres-Hauptversammlung am 17. Januar hier ab. Vorsitzender Baumann gab der gutbesuchten Versammlung einen kurzen Rückblick über das vergangene Geschäftsjahr. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt worden war, schritt man zur Vorstandswahl. Da der Vorstand aus dem verfloßenen Jahr zu aller Kollegen Zustimmung gearbeitet hat, wurde dieser auf Vorschlag einiger Kollegen einstimmig wiedergewählt. Ein Antrag vieler Kollegen auf Beitragsabhebung wurde angenommen und der Beitrag um 30 Proz. ermäßigt. Zum Schluß dankte der Vorsitzende allen Kollegen für ihre eifrige Mitarbeit im verfloßenen Jahr und ermahnte sie auch weiterhin zu fleißigem Mitarbeiten im kommenden Jahr in der Sparte.

**dr. Ehlingen a. N.** Unsere Hauptversammlung am 25. Januar hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung die Bestorbenen, Gottfried Bauer und unser Verbergsverwalter Albert Haub, der auf besonders tragische Weise aus dem Leben gerissen wurde. Angenommen wurde eine Resolution zur Arbeitslosenfrage. In seinem Jahresbericht führte Vorsitzender Gutkunt u. a. aus: Zeigte das Jahr 1931 anfangs bessere Symptome, so ging es im weiteren Verlauf immer mehr abwärts in Bezug auf die Wirtschaftskrise. Diesen Niedergang haben die Unternehmer benutzt, den Generalangriff auf die Tarifverträge zu unternehmen. Sechs Millionen Arbeitslose seien das Ergebnis der verfehlten Nationalisierung! Konnte der weitere Lohnraub bis zum Ende des Jahres 1931 abgewehrt werden, so wurde uns auf Grund der Werten Notverordnung ein Lohnraub befohlen, wie ihn sich die Unternehmer nicht besser wünschen konnten. Trotz alledem müßte das Zulammengehörigkeitsgefühl uns immer mehr zusammenweißen, um in späterer Zeit diese Scharte wieder auszuweihen. Der vom Kassierer W o l f s a n g e l gegebene Kassenbericht zeigte, daß trotz der gewaltigen Zunahme an Durchbreiten der Kassenbestand ein guter ist. Am Ort haben wir zur Zeit 21 Arbeitslose. Der Geschäftsgang kann als befriedigend bezeichnet werden. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. In der Diskussion kam der Protest gegen den Lohnraub zum Ausdruck. Mit einem Appell und dem Dank an die Kollegen schloß der Vorsitzende die von kollegialem Geist getragene Versammlung.

**Geislingen-Stg. (Württbg.)** Inre Generalversammlung fand am 16. Januar statt. Der Jahresberichtsbericht des Vorsitzenden konnte allgemein befriedigend, war er doch in klarer, sachlicher Form gehalten. Der Kassenbericht, gegeben vom Kollegen Baur, war nicht gerade erfreulich, da durch das Wachstum die ganze Kasse geleert wurde, trotzdem sich die Kollegen im Herbst bereit erklärt hatten, einen höheren Ortsvereinsbeitrag zu bezahlen. Aber wenn auch manchmal schwer ist, so sollen doch unsere Kollegen, die schon ausgeleert sind, noch einen Zehepfennig erhalten. Die folgenden Berichte: Bildungs- und Druckerverein, Lehrlingsabteilung, Bibliothek wurden ohne Anstand angenommen. Beim Punkt „Neuwahlen“ gab es keinerlei Änderungen, die Stellen blieben gleich. Unter „Verchiedenem“ wurde der Antrag gestellt, der Arbeiterwohlfahrt 3 M. als Jahresbeitrag zu gewähren. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Damit war die Tagesordnung erschöpft, und man ging zum gemühtlichen Teil über.

**Halle a. d. S.** Inre Versammlung am 22. Januar fand bei sehr guter Beteiligung statt. Kollege Kiebnert sprach den Mitgliedern den Dank aus für das Vertrauen, das sie dem Vorstand bei der Wiederwahl entgegengebracht haben. Er knüpfte gleichzeitig den Wunsch daran, daß die Versammlungen immer so besuchter sein mögen. Gleich im neuen Jahr mußte die Versammlung eines Kollegen ehrend gedenken, der durch den Tod aus unsern Reihen gerissen wurde. Der Vorsitzende brachte sodann den Extrait der Behandlung des Falles Schmidt (Merseburg) wegen des Betriebsrat seiner Firma der Versammlung zur Kenntnis, der dahin auslang, daß der Betriebsrat sowie der Ortsvorstand einwandfrei gehandelt haben (Schmidt hat nunmehr den Verband, weil er kein Recht erhielt, den Rücken gekehrt). Die Versammlung beschloß nach reichlicher Aussprache, Sammelstellen für ausgeleerte Kollegen in Umlauf zu setzen, um somit diesen Kollegen ihr hartes Los etwas zu erleichtern. Sodann referierte Kollege König über das Thema „Die Lage im Gewerbe“. Er ging aus von der Herabsetzung des Lohnes und der Unterfertigung durch die Notverordnung. Die Notverordnung sah wohl eine Preisfestsetzung vor, aber wie sieht diese aus gegenüber dem Lohnabbau? Solange nicht die Gesamtindustrie eine Aufwärtsbewegung erfährt, so lange werde auch unser Beruf in diesen schweren Zeiten leiden. Der Referent machte ferner aufmerksam auf die demnächstigen Tarifverhandlungen und daß es notwendig ist, feher zusammenzufassen denn je, um der in der Notverordnung angeordneten Lockerung der Tarife zu trotzen. Einige Diskussionsredner kritisierten die Ausführungen zwar, konnten die Tatsachen aber nicht verweihen, noch konnten sie Wege zeigen, die der Allgemeinheit nützlich wären. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde der Beschluß gefaßt, an den ADGB und Verbandsvorstand eine Resolution zu richten, die den Mitleid der Kollegen zum Ausdruck bringt. Die Entschädigung an den Vorstand wurde zurückgefordert auf den Stand von 1927. Alle übrigen Ausgaben, wie solche an Durchreisende, Gutenberg-Gesellschaft usw., wurden laut Vorstandsvorschlag einstimmig genehmigt. Sodann gab Kollege Feuerhahn den „Kassenbericht“ vom dritten Quartal, worauf ihn Entlastung erteilt wurde. Mit der Behandlung einiger interner Fragen fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Hamburg-Altona.** Außerordentliche Generalversammlung am Dienstag, dem 26. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Kollege Kunzler dem verstorbenen Kollegen Artur Stolzenburg einen Nachruf, besonders betont, daß er über 25 Jahre in der Gewerkschaft als Bibliothekar ehrenamtlich tätig gewesen ist und zu jeder Zeit eifrig und treu zur Organisation gehalten hat. Arbeitslos sind zur Zeit insgesamt 1412 Kollegen. Zweiter Vorsitzender Keindorf ist von seinem Posten aus Gesundheitsrückgründen zurückgetreten; Kollege Kunzler sprach ihm den Dank für seine langjährigen, der Organisation wie der Sparte geleisteten Dienste aus. Fünf Kollegen (MSDAP) haben ihren Austritt erklärt; da aber bei allen Resten vorhanden, mußten sie ausgeschlossen werden. Sodann begründete Kollege Bruhns folgenden Antrag: „Den erwerbslosen Mitgliedern ist zur Veranlassung von durch ihre selbstgewählte Vertretung einberufenen Versammlungen jede nur mögliche Unterstützung zu gewähren. Das gewerkschaftliche Selbstbestimmungsrecht der erwerbslosen Mitglieder ist sinngemäß anzuerkennen.“ Kollege Kunzler (Vorstandsmittglied) erfaßte, den Antrag abzulehnen, da er offene Türen einrenne und der Vorstand bisher schon allen Wünschen der Erwerbslosen entgegengekommen sei, auch in bezug auf Abhaltung von eignen Versammlungen. In allen Fällen müsse der Vorstand die Entscheidung zu treffen haben. Nachdem sechs Redner zu Worte gekommen waren, wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Den Bericht der Kommission für die Beratung der Gausatzungen gab Kollege Matheo in eingehender, klarer und instruktiver Form, nachdem Kollege Kunzler beantragt hatte, zuerst die Satzungen der Witwenkasse zu beraten. Rathoschloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß alle Mitglieder der Witwenkasse auch unter den veränderten Verhältnissen freiwillig dabei bleiben möchten; diesem Wunsch schlossen sich alle sechs Redner der Aussprache an. Mit einigen kleinen Änderungen wurden die neuen Satzungen der Witwenkasse mit Gültigkeit vom 1. April 1932 einstimmig beschlossen. Kollege Matheo besprach sodann noch die Kommissionsbeschlüsse zu den neuen Gausatzungen. Die Aussprache wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

**Gannover.** Am 24. Januar fand eine gut besuchte Versammlung des Vokalvereins statt, in der Kollege Kermann, Beisitzer im Verbandsvorstand, ein Referat: „Der Verband in der Wirtschaftskrise“, hielt. Er führte aus, daß, wenn man von einer Krise in den Gewerkschaften spricht und auch vielfach willfährige Ohren dafür fände, dieses der Wunsch der rechts- und linksgerichteten Kreise sei, die ihr vornehmstes Ziel darin erblickten, die Gewerkschaften zu zersplittern bzw. zu zerteilen, weil sie in ihnen das stärkste Bollwerk der Arbeiter sähen, die ihren Diktaturgeboten im Wege stöh. Das bestmögliche Mittel sei, die Arbeit und die Erfolge der freien Gewerkschaften herabzuwürdigen oder gar ins Gegenteil umzukehren, daher den ADGB für alles Geschehen verantwortlich zu machen. Der Referent zeigte ferner auf, welche un-

geheure Arbeit die freien Gewerkschaften allein in materieller Hinsicht geleistet haben und betonte, daß z. B. in unserm Verband die Tatsache, daß wir zu 90 Proz. organisiert seien, einen erheblichen Nachteil darstelle. Die wahrheitsgemäß im März stattfindenden Mantelkonferenzen würden ja zeigen, daß unsere wuchtige Organisation nicht gelassen sei, den Schmarrenmachern im andern Lager bei ihren reaktionären Plänen zu Willen zu sein. Redner behandelte Johann eingehend die brennendsten Tagesfragen, die Krise und deren Opfer, die Nationalisierung, die in unserm Gewerbe bei weitem nicht so katastrophal aufgetreten sei wie in andern Gewerben, z. B. in der Textil- und in der Metallindustrie. Aus der Fülle seiner Erfahrungen trug Kollege Adernann eine Anzahl besonders trauriger Fälle vor, die zeigten, daß dort, wo die Organisationen schwach oder gar nicht vertreten sind, die Ausbeutung der Arbeiter und das Elend unter den Arbeiterfamilien am größten ist. Wenn dann oft mit der Phrase haufieren gegangen würde, der Arbeiter habe nichts mehr zu verlieren als seine Ketten, so würde sich, wenn der Faschismus die Oberhand bestimme, sehr bald herausstellen, daß wir noch sehr viel zu verlieren hätten. Darum sei es notwendig denn je, daß die Arbeiterkassen nicht nur wachsam alle Vorgänge verfolge, sondern geschlossen zur Organisation stehe, dann werde, wenn der Faschismus komme, die Arbeiterkraft austreten, und auch unsere Organisation werde, wenn sie wie bisher intakt bleibe, den Endkampf siegreich durchzuführen. Reicher Beifall lohnte dem Redner. In der Aussprache war es der Geschäftsführer des „Fortschritt“, ein Kollege Kühn, der sich unter lebhaftem Widerspruch der Versammlung in maßlosen Ausfällen gegen die Führer der freien Gewerkschaften und der SPD. erging. Als der Gewannante gar den Reichstangler Brünning als Ehrenvorsitzenden der SPD. bezeichnete, ging den Versammlungsbesuchern ob solcher Demagogie die Galle über, und auf Verlangen der Versammlung wurde ihm das Wort entzogen. Vorsitzender Kiebnert gab der Versammlung ein Bild von diesem „Kollegen“, der es in den wenigen Monaten seines Hierseins als „Fortschritt“-Geschäftsführer vortrefflich verstanden habe, die dortigen Kollegen nach Strich und Faden zu schürzeeln, um, nach seinen eignen Worten, den Casuffal auszumitteln. Die weiteren Redner hielten sich an das Thema, und Kollege Kermann konnte in seinem Schlußwort die in der Ausspracheutage getretenen Ansichten richtigstellen bzw. widerlegen.

**Sildesheim. (Handseher.)** Inre Generalversammlung fand am 23. Januar statt. Nach der Besetzung von Neujahrsgratulationen von nah und fern und der Würdigung der Verdienste des verstorbenen Kollegen Specht um die Vereinigung wurde vom Vorsitzenden der Jahresbericht gegeben. Er führte u. a. aus, daß trotz der schlechten Verhältnisse ein Zusammenhalten der Kollegenschaft und ein guter Versammlungsbesuch Zeugnis ablegen müßten von dem Vertrauen der Mitglieder zu ihrer Organisation und der Sparte. Das Jahr begannen wir mit 55 Mitgliedern; durch Unzug, Tod und zwei Austritte verminderte sich die Mitgliederzahl auf 50, davon sind 23 arbeitslos. Aus der nun folgenden Vorstandswahl gingen die Kollegen Fr. Weil als Vorsitzender und W. Heuer als Kassierer hervor. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und der Bitte des Vorstandes, im neuen Jahr noch mehr als bisher aktiv für die Sparte tätig zu sein, fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Röthen.** In unserer Hauptversammlung am 23. Januar hielt Kollege Wiegelt vom Gauvorstand (Halle) einen Vortrag über „Die gegenwärtige Lage im Gewerbe und im Verband“. Einleitend beschäftigte sich der Referent mit der deutschen Wirtschaftskrise. Die Forderung der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit muß immer und immer wieder mit größtem Nachdruck gestellt werden, um eine Verminderung der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Der Referent schilderte dann die wirtschaftlichen Verhältnisse im Gewerbe und verteidigte die Maßnahmen des Verbandsvorstandes, die im Interesse der Kollegenschaft, der Notzeit entsprechend, getroffen werden mußten. Der Jahresbericht des Vorsitzenden, Kollegen Meißner, erließ erkennen, daß auch am Ort auf tariflichen, beruflichen und kollegialen Gebiet eifrig gearbeitet wurde. Die Arbeitslosigkeit beruhe aus unsern Ortsvereinen; wir zählen jetzt 43 arbeitslose Kollegen, annähernd ein Drittel. Kassierer Lange berichtete über günstige Kassenverhältnisse, die es ermöglichen, am Weihnachtstage einer Anzahl invalider und arbeitsloser Kollegen namhafte Unterhaltungen zu zahlen. Lehrlingsleiter Schwaibow konnte bestätigen, in einer Reihe von Versammlungen des Jungbuchdruckers gewerkschafts- und allgemeinbildendes Wissen vermittelt zu haben. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Im weiteren Verlauf der Versammlung ließen die Kollegen ihre Bewilligungsfreudigkeit erkennen. Neben einer materiellen Zuwendung an den Gesangverein „Typographia“ wurde auch der Arbeiterwohlfahrt ein nennenswerter Betrag bewilligt. Kollege Schwaibow nahm dann noch Gelegenheit, die Kollegen auf die Gründung der „Eisernen Front“ aufmerksam zu machen. Die Buchdrucker haben das größte Interesse an der Aufrechterhaltung der Demokratie, die die freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift gewährleistet und somit dem Gewerbe förderlich ist. In Italien und Rußland hat die Diktatur die Freiheit der Presse in einem Maße unterdrückt, daß eine große Anzahl von Druckernbetrieben ihre Pforten schließen mußten. Dem Abwehrwillen der Arbeiterkraft gegen den Faschismus muß eine feste Organisationsform gegeben werden. Mit der Aufforderung an die Kollegen, sich in die „Eiserne Front“ einzugliedern, schloß Kollege Schwaibow seine beachtenswerten und beifällig aufgenommenen Ausführungen. Mit einem Appell zu tatkräftiger Mitarbeit auch im neuen Jahr schloß die anregend verlaufene Versammlung ab.

**Arschfeld. (Machinenseher.)** Die Jahreshauptversammlung unserer Bezirksvereinigung am 23. Januar war zufriedenhellend besuchter. Geschäftliche Mitteilungen und eine Aufnahme leiteten die Versammlung ein. Aus dem Jahresrückblick des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß die Sparte auch im Krisenjahr 1931 ihre Gebiet in vollem Umfang bearbeitet hat. Ein gesunder Zweig am starken Baum des Verbandes, so sehen wir, den

kommenen Ereignissen entgegen. Auch finanziell steht der Bezirksverein gesund da. In der Aussprache zum Punkt „Berichte aus den Mitgliedschaften“ kam die kürzliche Entzifferung über den durch Geleß diktierten Lohnraub zum Ausdruck. Gebietsrat wurde von unsern Führern verlangt, schon jetzt Mittel und Wege vorzubereiten, um bei Ablauf dieses Hungertarifs mit den äußersten Mitteln für eine Befristung der gesamten Buchdruckerkraft einzutreten. Nur dann sei es möglich, den Verband vor Zersplitterung zu bewahren. Unsern Führern sei gesagt, daß sie für ein der Willkür der Prinzipale entgegengeleitetes Paroli eine opferbereite Kollegenschaft hinter sich finden. Der Punkt „Technisches“ brachte eine Aussprache über Metalllegierung und Einstellung der Fraktion. Die Vorstandswahlen waren schnell überstanden; der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Mit dem Appell, auch in dieser Notzeit nicht zu verzagen und dem Gewerkschaftsleben reges Interesse zuzuwenden, fand die interessante Versammlung ihren Abschluß.

**München. (Handseher.)** Vierteljahrsberichts. Nach Aussfall der Oktoberversammlung fand am 7. November wieder eine Versammlung statt. Vorsitzender Kunzler gab nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge eine Übersicht über die Bewegung innerhalb unserer Vereinigung. Ubergang zum zweiten Tagesordnungspunkt, Nationalisierungsbestrebungen der Fachpläne durch die Reichsbahn auf Kosten der Handseher und andre für die Handseher wichtige Tagesfragen, gab der Vorsitzende ein Bild von den Auswirkungen dieser Maßnahme der Reichsbahnverwaltung und erklärte hierzu, daß der Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit der Zentralkommission bei der zuständigen Behörde Besenken und Belangen zu Gehör gebracht habe, um unsere Kollegen vor Säubigungen zu bewahren, wie sie ungewissheit in den Absichten der Reichsbahn gesehen werden müßten. In seinen weiteren Ausführungen kam der Vorsitzende auch noch auf andre Tagesfragen zu sprechen, wobei festgestellt werden muß, daß an die Leistungen des Handsehers immer höhere Anforderungen gestellt werden, dessen Entschädigungen an Lohn hierfür aber keinen Ausgleich finden. Die Unternehmer dürften sich deshalb nicht wundern, wenn gefühllos zu Abwehrmaßnahmen geschritten würde. Unter „Verchiedenem“ wurde noch eine Aussprache über die Herstellung des heurigen Adreßbuches gepflogen. — Inre Versammlung am 5. Dezember, zu der auch die Angehörigen unserer Kollegen eingeladen waren, brachte uns einen Lichtbildervortrag: „Spanien im Aufbruch — Spanien im Aufbau.“ Referent: Bibliothekar H. Wagner. In prächtigen Selbstaufnahmen des Referenten zeigte uns dieser mit erläuternden Worten die Schönheiten und Sehenswürdigkeiten Spaniens und brachte auch Bilder über die jüngsten Vorgänge dortselbst im Zeichen des Umsturzes. Reicher Beifall dankte dem Referenten für das Dargebotene, worauf als Extraeinlage noch ein kleiner Luftfilm gezeht wurde. Die anwesenden arbeitslosen Mitglieder der Vereinigung erhielten als Weihnachtsgabe ein Zehrgeld von 3 M. Mit einem gemühtlichen Beilamen fand die letzte Versammlung des Jahres 1931 ihren Abschluß.

**Nordhausen.** Inre Generalversammlung am 16. Januar hatte einen recht zahlreichen Besuch aufzuweisen. Nachdem Vorsitzender E. Schreiber die Kollegen begrüßt hatte, gab Kollege Eggers einen ausführlichen Bericht von der letzten Kartelltagung, der von der Versammlung mit Interesse entgegengenommen wurde. Dem Kassierer Bachaus wurde nach seinem Bericht Entlastung erteilt. Sodann wurde vom Vorsitzenden der Jahresbericht erstattet. Er ging aus von der rapid ansteigenden Arbeitslosigkeit und dem daraus entstandenen Angriff auf die Existenz des Arbeiters, der allgemein wirtschaftlichen Lage und dem Krebsgang der Industrie. Seine ausführlich gehaltene Darstellung schloß er mit den Worten: „Erfüllt wenn sich die Arbeiterkraft auf sich selbst befinnt, gehen wir einer besseren Zukunft entgegen.“ Der sich anschließende Bericht der Lehrlingsleiter wurde vom Lehrlingsleiter Fr. ein gegeben. Die Wahl des Vorstandes leitete der Vorsitzende der Wahlkommission, Kollege Dietmar. Die Kommission hatte, als Ergebnis ihrer zahlreichen Sitzungsabende, den ersten Vorsitzenden Kollegen Fr. Schreiber und den zweiten Vorsitzenden Kollegen Fr. Keil, die sich noch hatnützlichem Sträuben auf Grund persönlicher Anwürfe doch wieder bereit erklärt hatten, vorzusitzen. Desgleichen die übrigen bisherigen Vorstandsmittglieder. Diese wurden in Einzelwahl mit Ausnahme eines zurückgetretenen Kollegen einstimmig wiedergewählt. Darauf erfolgte die Wahl der beiden Ortsauschlußmitglieder. Kollege Keil hat danach um Entlastung des alten Vorstandes, die auch einstimmig erfolgte. Die Erledigung verschiedener dringlicher Angelegenheiten bildete den Abschluß der Versammlung.

**Delz. (Schief.)** Inre Hauptversammlung fand am 25. Januar statt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der Kollegen Lerch als Vorsitzenden, Ledtke als Kassierer und Kelf als Lehrlingsleiter. Auch die übrigen Vorstandsmittglieder wurden wiedergewählt. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß 184 M. an durchreisende Kollegen (je 2 M. an Ausgefahrene, 1 M. an Bezugsberechtigten) rausabget worden sind. 70 M. erhielten fünf von hier auf Wandererschaft gehende arbeitslose Kollegen. Gegenwärtig hat sich die Arbeitsmarktlage am Ort etwas gebessert, das dürfte aber nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Mit einem Mitgliedsrückstand von 34 schloß das Geschäftsjahr ab. Kollege Strauß berichtete über die Tätigkeit der Lehrlingsabteilung. Er konnte dabei der Freude Ausdruck geben, daß beim Reichslehrlingswettbewerb für den ADGB, von 61 Teilnehmern und 83 Entwürfen des Ganes Schiefen ein höherer Lehrling den zweiten Preis errang. Nach angeregter Aussprache über Verbandsangelegenheiten und noch verschiedenen Mitteilungen fand die sehr gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

**Hölan.** Inre Jahresversammlung im Januar war leider nur mäßig besuchter. Der Jahresbericht des Vorsitzenden Schiele war insofern nicht erfreulich, als er aus dem Jahre 1931 nur über Verschlechterungen im Lohn und über Arbeitslosigkeit berichten konnte. Die Mitgliederzahl des Ortsvereins ist beständig gesunken und die Kassenlage mit Rücksicht auf die Zeit nicht ungünstig. Die Versammlungen waren im Durchschnitt von 70 bis 80 Proz.

der Mitglieder besucht. Zu vier Versammlungen hatten wir auswärtige Kollegen zu Vorträgen bzw. Berichten gewonnen.

**Wolfsk.** In untrer Generalversammlung am 22. Januar, die von 101 Mitgliedern besucht war, wurde das Andenken an einen verstorbenen Kollegen in üblicher Weise gelehrt. Hierauf schloß sich die Ernung zweier Substanz- und zwar für fünfjährige Verbandszugehörigkeit Kollege H. G. L. und für 25jährige Verbandszugehörigkeit Kollege Fr. Schlemmer an. Beide erhielten vom Ortsverein ein Geschenk. Ein ausführlicher Jahresbericht wurde vom ersten Vorsitzenden gegeben. Der Kassienbericht wurde den Mitgliedern gedruckt ausgehändigt. Die sachgemäße Wahl des Vorstandes brachte keine Änderung, es wurde der alte Vorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Die Punkte „Tarifliches“ und „Verschiedenes“ bildeten den Schluß der Versammlung.

**Stralund.** Untrer Jahreshauptversammlung am 23. Januar war von 46 Kollegen besucht. Zunächst ehrten die Erschienenen das Andenken des Kollegen Julius Hanke, der plötzlich an Herzschlag verstarb, nachdem er noch am Abend zuvor eine kollegiale Feyer besucht hatte. Ein zum Ortsverein übergetretener Jungbuchdrucker wurde begrüßt. Nach Bekanntgabe geschäftlicher Mitteilungen erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht und der Kassierer den Kassienbericht. Die Versammlung hörte dann einen Vortrag ihres Krankenfaschensbelegierten über „Die Wirkung der Vierten Notverordnung auf die Krankenversicherung“. Es wurde eine Entschließung angenommen, die scharf gegen die Ruinierung der Sozialversicherung protestiert und die den oberen Instanzen zur Kenntnis gebracht werden soll. Bei der Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt, bis auf den Posten des Schriftführers, der eine Neubesezung erfuhr. Der Ortsbeitrag wird wegen der angespannten Kassienlage auf einstimmigen Beschluß in alter Höhe erhoben. Dann wurde noch der korporative Beitritt des Ortsvereins zum Verein für Jugend- und Volkswohlfahrt beschlossen. Den anwesenden Erwerbslosen wurde ein Fehrgeld von 2 M bewilligt. Mitgliederstand am Jahresluß: 87.

**Stuttgart.** Untrer Versammlung am 21. Januar ehrte zunächst das Andenken an drei verstorbenen Kollegen. Kollege K. L. e. i. machte sodann bei den „Vereinsmitteilungen“ von der Kündigungssachse des Manteltarifs durch die Prinzipale Mitteilung. Ein verdrehter Bericht über eine vorübergehende Arbeitsniederlegung durch die kommunizistische „G. L. Z.“ veranlaßte den Vorsitzenden zur Klärung dieses Vorganges. Ein Personal verweigerte überstunden bei Kurzarbeit. Der Unternehmer sichtigte sich den Betriebsratsvorsitzenden heraus, um ihn zur Überwindungsfähigkeit zu kaufen. Dieser lehnte ab. Fristlose Entlassung und Solidarität waren die Folge. Der Gewerkschafter rentte den verfahrenen Karren wieder ein. Alles genau wie in einem ähnlich gelagerten Vorgange in der „G. L. Z.“. Damals war die heute hegende „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ diejenige, die ihren Betriebsratsmitgliedern kündigte und dadurch Schrittmacher des Sozialfortschritts wurde. Sie hat es vergessen. Wir nicht. Die Ausprägung wurde im Sinne der arbeitnehmerlegenden Kollegen geföhrt. Die Bitterung über die heutigen Zustände ist schon so tief gewurzelt, daß eine gewalttätige Entladung unausbleiblich scheint. Wenn vor allem die „beratende“ Leitung der Prinzipalseite bald hier, bald dort „Fälle“ schafft, die bei einmüßigen gutem Willen unterbleiben könnten, ist diese Hochspannung auf untrer Seite begründet. Man merkt, daß Unzufriedenheit nicht die nötige Zurückweisung erfährt. Die Fachmänner ziehen sich zurück. Zugend, selbst akademische, erlerst jedoch nie praktische Kenntnisse und geistliche Zusammenarbeit. Der zweite Punkt: „Wirtschaftsrisiko, Notverordnung und Gewerkschaften“, Referent war Bezirkssekretär des D. O. B. W. e. i. e. r., fand Anerkennung und dankbare Aufnahme. Die Auswirkung der letzten Notverordnung, für die die Gewerkschaften jede Verantwortung abgelehnt haben, diente dem Referenten zur Kritik an den beispiellosen Entsetzungen und Anhebungen, die der Arbeiterschaft aufgebürdet worden sind. Die versprochene Entlassung durch Preisentzug ist so minimal, daß ernsthaft davon nicht zu sprechen ist. Lediglich die Unternehmerforderung ist zu 99 Proz. abgelehnt. Wie lange noch soll dieser Zustand der Entwertung weiterbestehen, fragten die an der Ausprache beteiligten Kollegen, nachdem Kollege Schröder dem Redner den Dank für sein durchdachtes Referat ausgesprochen hatte. Im Schlußwort ging der Referent auf die weitestgehenden Ansichten eines kommunizistischen Redners ein. Er meinte, wenn die Opfer nicht zu schwer wären, könnte man dem Kommunismus einmal den Gefallen der Regierungsführung tun. Die Verantwortung, die unsre Führer begehren, verpflachte sie aber, einer solch zweischneidigen Maßnahme dorecht nicht zuzustimmen. Was später geschähe, entspreche den jeweiligen Forderungen der Arbeiterschaft.

**Wittenberg.** (H. a. n. d. e. r.) Untrer Generalversammlung am 23. Januar hatte leider (wohlf) infolge der großen Arbeitslosigkeit nicht den erwünschten Besuch aufzuweisen. Vorsitzender N. o. b. a. u. e. r. eröffnete die Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten und in der Hoffnung, daß das neue Jahr allen Arbeitslosen wieder Arbeit bringen möge. Die Neuzugänge der Zentralkommission und der Berliner Sparte zirkulierten. Dem Vorschlag des Gauvereinsvorsitzenden, die diesjährige Vorstandskonferenz bis nach dem Verbandstag zu verlegen, wurde zugestimmt. Der Vorsitzende erstattete sodann den Jahresbericht, der bereits in den Mitteilungen des Ortsvereins abgedruckt vorlag. Kurz erwähnt sei daraus, daß von 42 Spartenmitgliedern 27 arbeitslos waren. Die letzte Versammlung beschäftigte sich mit dem Ergebnis zweier hiesigen Kollegen. Diese wurden aus einer Kondition in Wittenberg, wo sie als Katalogleger eingestellt waren, nach zwanzigtägiger Tätigkeit wieder entlassen, angeblich wegen „Minderleistung“. Die uns übergebenen Arbeiten liegen wir in Leipzig und Halle berechnen. Danach konnte mit Genugtuung festgestellt werden, daß die betreffenden Kollegen voll ihre Pflicht getan hatten. Es uns unsern Kollegen erging es auch noch andern dort Eingestellten. Unser Gauvorsitzer hatte in der Ortsvereinsversammlung die Belegung dieses Falles übernommen. Mit dem nun erzielten Resultat war aber weder die Ortsvereinsver-

sammlung noch untre Spartenversammlung zufrieden. Das tarifliche Moment (Anlage A) scheint bei den gepflogenen Verhandlungen gar nicht in Erwägung gezogen sein. Es gilt auch für uns, solcher Schmutzkonkurrenz Einhalt zu gebieten. Kassierer K. u. p. p. e. g. hierauf den Kassienbericht, aus dem zu ersehen war, daß der Kassienbestand infolge der großen Arbeitslosigkeit zusammenbrumpft. Nach Entlassung des Kassierers wurde die Unwesenheitsliste für 1931 bekanntgegeben. Im laufenden Jahr soll versucht werden, gemeinsam mit dem Bildungsverband Diskussions- usw. Vorbeide abzuhalten. Die Wahlen ergaben Wiederwahl des Vorsitzenden und des Schriftführers, für den amtsmüßigen Kassierer wurde Kollege Fr. L. S. c. h. r. ö. t. e. r. einstimmig gewählt. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

### Allgemeine Rundschau

**Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe.** Die Arbeitslosenzählung in unterm Verband im Monat S. a. n. u. a. erstreckte sich auf 204 Vertriebsstellen. 25 von diesen mit 4031 Mitgliedern sandten keinen Bericht an den Verbandsvorstand ein. Die Mitgliederzahl betrug 89 000 (ohne Saargebiet und Freistaat Danzig). An Arbeitslosen wurden gezählt 28 851. Verfügt arbeiteten 18 130 Mitglieder, nämlich bis zu 8 Stunden 8992, 9 bis 16 Stunden 2736, 17 bis 24 Stunden 1180, 25 und mehr Stunden 222. Nähere Einzelheiten sind aus nachstehender Vergleichstabelle zu ersehen:

Monat	arbeitslos waren	verkörgt arbeiteten				
		bis zu 8 Stunden	9 bis 16 Stunden	17 bis 24 Stunden	25 u. mehr Stunden	
Januar .. 1931	19 479	2455	903	462	16	
Februar .. 1931	19 139	2195	903	486	120	
März .... 1931	19 213	2200	821	458	47	
April .... 1931	19 272	2052	802	401	43	
Mai .... 1931	20 026	2627	780	412	33	
Juni .... 1931	20 578	2823	813	579	46	
Juli .... 1931	22 899	3265	1634	900	81	
August ... 1931	25 563	6085	3362	1594	264	
September 1931	26 635	8060	2944	1484	301	
Oktober .. 1931	27 376	9236	3100	1658	603	
November 1931	27 190	9775	558	1174	432	
Dezember 1931	27 887	8159	2399	1020	269	

**Zur diesjährigen Lehrlingeinstellung.** Nicht allzulange mehr sind wir vom Osterfest der Lehrlingeinstellung entfernt. Da ist es die unabweisbare Pflicht der Betriebsvertretungen und der gesamten Gehilfenschaft, angeichts der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit die Einhaltung der tariflichen Schutzvorschriften aufs strengste zu überwachen und zu kontrollieren. Es braucht damit durchaus nicht bis zum unmittelbaren Einstellungstermin gewartet zu werden, um dann erst etwa übermäßige Lehrlinge festzustellen, sondern es muß beizeiten Klarheit geschaffen werden über die Zahl der „bräutlichlich“ zur Einstellung gelangenden Lehrlinge. In keinem Betriebe darf die tarifliche Lehrlingszahl über die Zahl der Stellen hinausgehen. Wie allfährlich um diese Zeit, sei auch diesmal ausdrücklich auf die Notwendigkeit genauer Beachtung der tariflichen Bestimmungen hingewiesen. An Gehilfenschaften dürfen gehalten werden für 0 bis 4 Gehilfen 1 Lehrling, auf 5 bis 8 Gehilfen 2 Lehrlinge, auf 9 bis 15 Gehilfen 3 Lehrlinge, auf 16 bis 24 Gehilfen 4 Lehrlinge, auf 25 bis 35 Gehilfen 5 Lehrlinge und auf je weitere 12 Gehilfen 1 Lehrling mehr. Diese Staffel gilt auch für Stereotypisten und Galvanoplastiker. In Druckereilehrlingen dürfen gehalten werden: für 0 bis 4 Gehilfen 1 Lehrling, auf 5 bis 10 Gehilfen 2 Lehrlinge, auf 11 bis 20 Gehilfen 3 Lehrlinge, auf 21 bis 30 Gehilfen 4 Lehrlinge, auf 31 bis 45 Gehilfen 5 Lehrlinge und auf je weitere 15 Gehilfen 1 Lehrling mehr. Jede angefangene Staffel wird als voll gerechnet. (In verschiedenen Handwerkskammernbestritten, z. B. dem Leipziger, gilt noch die veraltete Lehrlingskala des § 23a des Tarifs fort, die im allgemeinen mit dem 30. September 1931 erloschen ist.) Buchdruckereien, die mindestens einen Sezer und einen Drucker beschäftigen und deshalb vom Halten eines Sezers und eines Druckerlehrlings berechtigt sind, können die Einstellung eines dritten Lehrlings vornehmen, wenn einer der beiden Lehrlinge im letzten Jahre seiner Lehrlingszeit befindet und die beiderseitigen Organisationsvertreter sich von der guten Ausbildung von Lehrlingen in der betreffenden Druckerei überzeugt haben. Für die Berechnung der Gehilfenzahl zur Festsetzung der zulässigen Lehrlingszahl ist der Durchschnitt des verlosenen Kalenderjahres maßgebend. Dieser Durchschnitt wird in der Weise errechnet, daß die Beschäftigungswochen zusammengezählt und durch 52 geteilt werden. Überbleibende Bruchteile bleiben unberücksichtigt. Ein besonderes Augenmerk muß die Gehilfenschaft auf solche Firmen richten, die durch alle möglichen Versprechungen Lehrlinge zu ergattern suchen, um sie nach vierjähriger Ausnützung, zumteil völlig ungenügend ausgebildet, rückstandslos zu entlassen. Dazu gehören auch jene traurigen Firmen, die ihre Lehrlinge schon nach dreijähriger Lehrlingszeit zu Gehilfen machen, zu dem ausgeprochenen Zweck, sie sofort auf die Straße zu werfen, um neue Lehrlinge oder sogenannte „Volontäre“ für sie einzufassen. Ferner ist zu beachten, daß nur solche Firmen Lehrlinge einstellen dürfen, deren Inhaber oder Gehilfen die Lehrlingsberechtigung besitzen, das heißt die gesetzliche Erlaubnisbescheinigung. Nur gesunde und gewackte Kräfte mit guter Schulbildung dürfen dem Buchdruckerberuf zugeführt werden. Im Handwerkskammergebieten, wo die Einführung der Lehrlingsordnung für das Buchdruckgewerbe bereits erfolgt ist, bestehen die speziellen Vorschriften für die ärztliche Untersuchung und die Eignungsprüfung der aufzunehmenden Lehrlinge. Jeder Verdacht gegen die tariflichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen muß der örtlichen Organisationsleitung rechtzeitig, mindestens aber noch während der vierwöchigen Probezeit der Lehrlinge, mitgeteilt werden. Kein Gehilfe, der der großen Nutzen der tariflichen Regelung des Lehrlingswesens für das Buchdruckgewerbe begriffen hat, darf sich der Mitarbeit auf diesem Gebiete entziehen!

**Kündigung des Manteltarifvertrags für Druckereibuchbinder.** Vom Deutschen Buchdrucker-Verein ist der Manteltarifvertrag für Buchdruckerbuchbinder am 30. April gekündigt worden. Der Vertrag hatte ursprünglich eine Laufdauer bis zum 31. März d. J. Wie alle andern Verträge wurde er durch die Vierte Notverordnung bis zum 30. April verlängert.

**Graphische Maschinen und Apparate auf der Leipziger Messe.** Die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse, die vom 6. bis 13. März im gewöhnlichen Rahmen stattfinden wird, wieder eine große Anzahl von Werken vereinigen, die ihre Maschinen, Geräte und Apparate auszubieten haben. Zwar ist mit einem Rückgang gegenüber 1931 und den Vorjahren zu rechnen, der durch Ausfall einiger Betriebe und durch Mangel an Werbemitteln bei andern entstanden ist. Jedoch wird diese Verberingerung nicht sehr fühlbar sein, und nach wie vor werden die maßgebenden und leistungsfähigen Werke die Messe für die Werbung im In- und Ausland benutzen. In der Gesamtheit der ausstellenden Industrie werden das Deutsche Buchgewerbe, die Sondergruppe der graphischen Maschinen umfassen. Fast alle Werke von Ruf in dieser Industriebranche werden sich, wie üblich, an dieser Ausstellung beteiligen und ihre bewährten, zum Teil verbesserten Maschinen zeigen. Ein einigen Pressen ist die Maschine feststellbar, sie durch einfache Anbauten zu automatisieren oder ihre Arbeitsgeschwindigkeit zu erhöhen. Ähnliche Verbesserungen mit dem Ziel erhöhter Wirtschaftlichkeit und Ausnützung werden auch in andern Maschinenarten ausgeführt. Im Zusammenhang mit der Bagra-Maschinenmesse sei noch die Sonderausstellung „Durch Nacht und Regen“ — dem Kunden nützlich“ erwähnt, die im Ringmeßhaus veranstaltet wird und den vielen Besuchern der Messe Anregungen über zweimäßige Verpackung geben soll. Den Fachmann mag dabei die Auswertung der Verpackungen für die Kasse der Abnehmerfirmen interessieren. Neben dieser Verpackungschau wird im Rahmen der Technischen Messe eine Sonderchau für den Container-Berkehr von Eisenbahn und Kraftwagen gezeigt.

**Zur Charakterisierung Professor Hornesfers.** Aus Gießen ging uns folgende Schilderung des rühmlichst geföhnten Propheten Hornesfer zu, dessen unmutwilliger Haß gegen die freien Gewerkschaften immer äblere Formen annimmt: „In Nr. 10 des ‚Korr.‘ wird unter der Überschrift ‚Gewerkschaften und Wirtschaftsrisiko‘ aus der Schrift des Professors Hornesfer in Gießen ein Zitat angeführt, in dem dieser in bitren Worten dem Arbeiter empfiehlt, sich mit dem abzugeben, was ihm mit einem Lohnsatz, der nur eben sein Leben fröhrt, geboten wird; eine Emporhebung auf einen weitaus andern, besseren Stand soll für alle Zeiten als unerfüllbar hingenommen werden. Der Herr Nachbar Professor, der in seinem Äußeren den Eindruck eines überfrommen Dorfparroten macht, trat vor der Reichstagswahl in Versammlungen als eifriger Mittelstandsreiter auf, ließ dabei die zahmen Gewerkschaften noch gelten, aber den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie erklärte er den Krieg bis aufs Messer. Wenn der Herr Professor den Grundhaß des Erbfeindes: ‚Knecht soll Knecht bleiben‘, ‚Ich, wie anzunehmen ist, zu ‚eigen‘ macht, so hat er vergessen, daß wohl der größte Teil der Angehörigen des von ihm in den Versammlungen geföhltelten Mittelstandes auch einmal Arbeiter waren, die eine Emporhebung auf einen andern, besseren Stand anstrebten. Er braucht sich dabei gar nicht so weit umzusehen, er hat das treffendste Beispiel in seiner eignen Familie. Einer seiner Vorfahren (entweder der Vater oder der Großvater) war nämlich — nach des Professors eignen Angaben — Dorfshmid. Es ist wohl anzunehmen, daß dieser Dorfshmid auch einmal Lehrling und Geselle, also auch Arbeiter mit dem von seinem Nachkommen so verpönten Streben nach einer Emporhebung in einen weitaus besseren Stand, hier also Mittelstand, gewesen ist, der es dem Sohn oder Enkel ermöglichte, Philosophie zu studieren. Hätte der Herr Professor nach der von ihm vertretenen These vielleicht nicht auch besser getan, sich an den Ambos statt an den Katheder zu stellen? Er wäre jedenfalls ein nützlicheres Glied der menschlichen Gehilfenschaft und damit dem gerecht geworden, was er in Wort und Schrift mit Parrotenphrasen predigt.“ „Hundertdreißig Professoren, Vaterland, du bist verloren!“ Dieser Spottvers aus dem Jahre 1848 besteht noch immer zu Recht!

**Internationale Genossenschaftskonferenz.** Der Leitende Ausschuß des Internationalen Genossenschaftsbundes hielt in den ersten Februartagen in Straßburg eine Konferenz ab. Auf der Tagesordnung stand neben internen Angelegenheiten die wichtige Frage einer organischen Zusammenarbeit der Konsumgenossenschaften mit den landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften. Ferner wurde die Frage der Nacharbeit in den Bäckereien erörtert. Die Abstellungsbestrebungen sollen durch die Organisationen der einzelnen Länder mit Nachdruck unterstützt werden.

**Gemeinschaftsarbeit zwischen Funthilfen und Elektrizitätswerten.** Die Vereinigung der Elektrizitätswerte und Reichsruhmengesellschaft sind im Sinne ihrer bisherigen Gemeinschaftsarbeit dahin übereingekommen, daß das Störproblem im Rundfunk auf technisch-wirtschaftlichem Wege gelöst werden soll. Beide Teile sind darüber einig, daß zur gründlichen Bekämpfung der Störungen sowohl an den führenden elektrischen Anlagen wie an den Rundfunkempfangsanlagen das Mögliche geschehen muß. Welche Mittel im Einzelfall zur Besehung von Störungen anzuwenden sind, kann nur örtlich von Fall zu Fall entschieden werden. Die Elektrizitätswerte und der Rundfunk werden gemeinschaftlich auf die Beteiligten im Sinne einer entgegenkommenden Haltung einwirken. Wird ein gültiger Ausgleich hierbei nicht erzielt, so sind die zentralen Stellen mit der Angelegenheit zu befragen, um einen unzuföhren Rechtsstreit nach Möglichkeit zu vermeiden. Hiermit ist der erstrebten sachlichen und parteilichen Behandlung aller zwischen Starkstrom und Rundfunk möglicherweise auftretenden Schwierigkeiten der Weg geböhnt. Über die Art und Weise, wie im praktischen Betrieb dem Sinne der Verständigung genügt werden soll, sind Richtlinien in Arbeit.

**Aussperrung in Dänemark verschoben.** Die für den 12. Februar angekündigte Generalaussperrung wurde von dem Arbeitgeberverband auf den 18. Februar verschoben. Die

Verziehung erfolgte, nachdem die staatliche Schlichtungsstelle einen Vergleichsvorschlag gemacht hat, auf den die Parteien bis zum 15. Februar antworten sollen.

Kurze politische Zeitnotizen. Am 23. Februar tritt der Reichstag nach längerer Pause wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Terminfestlegung für die Reichspräsidentenwahl. - Der Reichstag stimmte der zweiten Durchführungsverordnung zur Bürgersteuer zu, die die schlimmsten Härten beseitigt. - Der Reichstag nahm ferner eine Vorlage des Reichsarbeitsministers an, wonach 1932 neue ausländische Landarbeiter nicht mehr nach Deutschland hereingelassen werden. - Die Reparationskonferenz, die ursprünglich am 14. Februar in Lausanne stattfinden sollte, wird erst im Juni stattfinden. - Für die Stärkung der republikanischen Bewegung sollen am 21. Februar im ganzen Reich große öffentliche Kundgebungen stattfinden.

Literarisch

Die Organisation der Großbetriebe. Von Eugen Koller. Verlag der Buchverleger des Wilhelm und Gerda v. Heintze Stiftung, Dresden, Anfang 1932. 160 Seiten, mit 10 Abbildungen und 100 Tabellen. Preis 1,50 Mark. Das Buch, eigentlich nur für die Organisation von Großbetrieben gedacht, hatte natürlich nur großen Wert, wenn es nur auf diesen kleinen Interessentenkreis angelegentlich wäre. In Wirklichkeit behandelt es aber die Organisation im allgemeinen, so haben wir daraus auch manche, die für den Klein- und Mittelbetrieb scharf sein können. Die Organisation der Kleinbetriebe ist ein Problem, das die Organisation der Kleinbetriebe im allgemeinen betrifft, und das es deshalb großer Erfahrung bedarf, ein reibungsloses und wirtschaftliches Zusammenarbeiten der einzelnen Kleinbetriebe zu erreichen. Wenn die Organisation der Kleinbetriebe hier in der täglichen Praxis abgehandelt wird, ist das ein möglicherweise gründliche Voraussetzung, d. h. durch Einführung einer klaren neuen Ordnung, zu bewerkstelligen, daß der reibungslose Ablauf der Kleinbetriebe, die die Organisation der Kleinbetriebe mit dem Wachstum und der jeweiligen praktischen Bedürfnisse des Betriebs einhalten. Es ist deshalb gar nicht zweckmäßig, jedem Betrieb eine Organisation nach bestimmten Kriterien aufzuzwingen. Die Organisation der Kleinbetriebe ist ein Problem, das die Organisation der Kleinbetriebe im allgemeinen betrifft, und das es deshalb großer Erfahrung bedarf, ein reibungsloses und wirtschaftliches Zusammenarbeiten der einzelnen Kleinbetriebe zu erreichen. Wenn die Organisation der Kleinbetriebe hier in der täglichen Praxis abgehandelt wird, ist das ein möglicherweise gründliche Voraussetzung, d. h. durch Einführung einer klaren neuen Ordnung, zu bewerkstelligen, daß der reibungslose Ablauf der Kleinbetriebe, die die Organisation der Kleinbetriebe mit dem Wachstum und der jeweiligen praktischen Bedürfnisse des Betriebs einhalten. Es ist deshalb gar nicht zweckmäßig, jedem Betrieb eine Organisation nach bestimmten Kriterien aufzuzwingen.

Derbst Hofmanns Buch. Selbstkritik für Buchindustrie. Von H. Hofmann. 1931. 24 Seiten. Preis 1,50 Mark. Derbst Hofmanns Buch ist eine Selbstkritik für die Buchindustrie. Es enthält eine Reihe von kritischen Bemerkungen über den Zustand der Buchindustrie in Deutschland. Der Autor kritisiert die mangelnde Transparenz der Verlagswirtschaft, die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren der Buchindustrie und die mangelnde Berücksichtigung der Interessen der Autoren. Er fordert eine Reform der Buchindustrie, die auf mehr Transparenz, mehr Zusammenarbeit und mehr Berücksichtigung der Interessen der Autoren abzielt.

part war, könnte doch nur als Vorteil für den Drucker wie für die gesamte Arbeit beurteilt werden. - S. 2 in Nr. 1. Es haben sich in ihrer Verantwortung auf dem Gebiet der Arbeit auf diesem Gebiet zu schaffen; bestenfalls auf Punkt 2. Dem ausgenommenen Buche wird nach angemessener Maßnahme (Einnahme) gegeben, besonders Absichten haben gar nicht abzuweichen. - S. 3 in Nr. 2. - Mithin sind die Absichten im organisierten Verkehr entzündend. Unfälle können nicht berechnen werden. - S. 4 in Nr. 3. - S. 5 in Nr. 4. - S. 6 in Nr. 5. - S. 7 in Nr. 6. - S. 8 in Nr. 7. - S. 9 in Nr. 8. - S. 10 in Nr. 9. - S. 11 in Nr. 10. - S. 12 in Nr. 11. - S. 13 in Nr. 12. - S. 14 in Nr. 13. - S. 15 in Nr. 14. - S. 16 in Nr. 15. - S. 17 in Nr. 16. - S. 18 in Nr. 17. - S. 19 in Nr. 18. - S. 20 in Nr. 19. - S. 21 in Nr. 20. - S. 22 in Nr. 21. - S. 23 in Nr. 22. - S. 24 in Nr. 23. - S. 25 in Nr. 24. - S. 26 in Nr. 25. - S. 27 in Nr. 26. - S. 28 in Nr. 27. - S. 29 in Nr. 28. - S. 30 in Nr. 29. - S. 31 in Nr. 30. - S. 32 in Nr. 31. - S. 33 in Nr. 32. - S. 34 in Nr. 33. - S. 35 in Nr. 34. - S. 36 in Nr. 35. - S. 37 in Nr. 36. - S. 38 in Nr. 37. - S. 39 in Nr. 38. - S. 40 in Nr. 39. - S. 41 in Nr. 40. - S. 42 in Nr. 41. - S. 43 in Nr. 42. - S. 44 in Nr. 43. - S. 45 in Nr. 44. - S. 46 in Nr. 45. - S. 47 in Nr. 46. - S. 48 in Nr. 47. - S. 49 in Nr. 48. - S. 50 in Nr. 49. - S. 51 in Nr. 50. - S. 52 in Nr. 51. - S. 53 in Nr. 52. - S. 54 in Nr. 53. - S. 55 in Nr. 54. - S. 56 in Nr. 55. - S. 57 in Nr. 56. - S. 58 in Nr. 57. - S. 59 in Nr. 58. - S. 60 in Nr. 59. - S. 61 in Nr. 60. - S. 62 in Nr. 61. - S. 63 in Nr. 62. - S. 64 in Nr. 63. - S. 65 in Nr. 64. - S. 66 in Nr. 65. - S. 67 in Nr. 66. - S. 68 in Nr. 67. - S. 69 in Nr. 68. - S. 70 in Nr. 69. - S. 71 in Nr. 70. - S. 72 in Nr. 71. - S. 73 in Nr. 72. - S. 74 in Nr. 73. - S. 75 in Nr. 74. - S. 76 in Nr. 75. - S. 77 in Nr. 76. - S. 78 in Nr. 77. - S. 79 in Nr. 78. - S. 80 in Nr. 79. - S. 81 in Nr. 80. - S. 82 in Nr. 81. - S. 83 in Nr. 82. - S. 84 in Nr. 83. - S. 85 in Nr. 84. - S. 86 in Nr. 85. - S. 87 in Nr. 86. - S. 88 in Nr. 87. - S. 89 in Nr. 88. - S. 90 in Nr. 89. - S. 91 in Nr. 90. - S. 92 in Nr. 91. - S. 93 in Nr. 92. - S. 94 in Nr. 93. - S. 95 in Nr. 94. - S. 96 in Nr. 95. - S. 97 in Nr. 96. - S. 98 in Nr. 97. - S. 99 in Nr. 98. - S. 100 in Nr. 99. - S. 101 in Nr. 100. - S. 102 in Nr. 101. - S. 103 in Nr. 102. - S. 104 in Nr. 103. - S. 105 in Nr. 104. - S. 106 in Nr. 105. - S. 107 in Nr. 106. - S. 108 in Nr. 107. - S. 109 in Nr. 108. - S. 110 in Nr. 109. - S. 111 in Nr. 110. - S. 112 in Nr. 111. - S. 113 in Nr. 112. - S. 114 in Nr. 113. - S. 115 in Nr. 114. - S. 116 in Nr. 115. - S. 117 in Nr. 116. - S. 118 in Nr. 117. - S. 119 in Nr. 118. - S. 120 in Nr. 119. - S. 121 in Nr. 120. - S. 122 in Nr. 121. - S. 123 in Nr. 122. - S. 124 in Nr. 123. - S. 125 in Nr. 124. - S. 126 in Nr. 125. - S. 127 in Nr. 126. - S. 128 in Nr. 127. - S. 129 in Nr. 128. - S. 130 in Nr. 129. - S. 131 in Nr. 130. - S. 132 in Nr. 131. - S. 133 in Nr. 132. - S. 134 in Nr. 133. - S. 135 in Nr. 134. - S. 136 in Nr. 135. - S. 137 in Nr. 136. - S. 138 in Nr. 137. - S. 139 in Nr. 138. - S. 140 in Nr. 139. - S. 141 in Nr. 140. - S. 142 in Nr. 141. - S. 143 in Nr. 142. - S. 144 in Nr. 143. - S. 145 in Nr. 144. - S. 146 in Nr. 145. - S. 147 in Nr. 146. - S. 148 in Nr. 147. - S. 149 in Nr. 148. - S. 150 in Nr. 149. - S. 151 in Nr. 150. - S. 152 in Nr. 151. - S. 153 in Nr. 152. - S. 154 in Nr. 153. - S. 155 in Nr. 154. - S. 156 in Nr. 155. - S. 157 in Nr. 156. - S. 158 in Nr. 157. - S. 159 in Nr. 158. - S. 160 in Nr. 159. - S. 161 in Nr. 160. - S. 162 in Nr. 161. - S. 163 in Nr. 162. - S. 164 in Nr. 163. - S. 165 in Nr. 164. - S. 166 in Nr. 165. - S. 167 in Nr. 166. - S. 168 in Nr. 167. - S. 169 in Nr. 168. - S. 170 in Nr. 169. - S. 171 in Nr. 170. - S. 172 in Nr. 171. - S. 173 in Nr. 172. - S. 174 in Nr. 173. - S. 175 in Nr. 174. - S. 176 in Nr. 175. - S. 177 in Nr. 176. - S. 178 in Nr. 177. - S. 179 in Nr. 178. - S. 180 in Nr. 179. - S. 181 in Nr. 180. - S. 182 in Nr. 181. - S. 183 in Nr. 182. - S. 184 in Nr. 183. - S. 185 in Nr. 184. - S. 186 in Nr. 185. - S. 187 in Nr. 186. - S. 188 in Nr. 187. - S. 189 in Nr. 188. - S. 190 in Nr. 189. - S. 191 in Nr. 190. - S. 192 in Nr. 191. - S. 193 in Nr. 192. - S. 194 in Nr. 193. - S. 195 in Nr. 194. - S. 196 in Nr. 195. - S. 197 in Nr. 196. - S. 198 in Nr. 197. - S. 199 in Nr. 198. - S. 200 in Nr. 199. - S. 201 in Nr. 200. - S. 202 in Nr. 201. - S. 203 in Nr. 202. - S. 204 in Nr. 203. - S. 205 in Nr. 204. - S. 206 in Nr. 205. - S. 207 in Nr. 206. - S. 208 in Nr. 207. - S. 209 in Nr. 208. - S. 210 in Nr. 209. - S. 211 in Nr. 210. - S. 212 in Nr. 211. - S. 213 in Nr. 212. - S. 214 in Nr. 213. - S. 215 in Nr. 214. - S. 216 in Nr. 215. - S. 217 in Nr. 216. - S. 218 in Nr. 217. - S. 219 in Nr. 218. - S. 220 in Nr. 219. - S. 221 in Nr. 220. - S. 222 in Nr. 221. - S. 223 in Nr. 222. - S. 224 in Nr. 223. - S. 225 in Nr. 224. - S. 226 in Nr. 225. - S. 227 in Nr. 226. - S. 228 in Nr. 227. - S. 229 in Nr. 228. - S. 230 in Nr. 229. - S. 231 in Nr. 230. - S. 232 in Nr. 231. - S. 233 in Nr. 232. - S. 234 in Nr. 233. - S. 235 in Nr. 234. - S. 236 in Nr. 235. - S. 237 in Nr. 236. - S. 238 in Nr. 237. - S. 239 in Nr. 238. - S. 240 in Nr. 239. - S. 241 in Nr. 240. - S. 242 in Nr. 241. - S. 243 in Nr. 242. - S. 244 in Nr. 243. - S. 245 in Nr. 244. - S. 246 in Nr. 245. - S. 247 in Nr. 246. - S. 248 in Nr. 247. - S. 249 in Nr. 248. - S. 250 in Nr. 249. - S. 251 in Nr. 250. - S. 252 in Nr. 251. - S. 253 in Nr. 252. - S. 254 in Nr. 253. - S. 255 in Nr. 254. - S. 256 in Nr. 255. - S. 257 in Nr. 256. - S. 258 in Nr. 257. - S. 259 in Nr. 258. - S. 260 in Nr. 259. - S. 261 in Nr. 260. - S. 262 in Nr. 261. - S. 263 in Nr. 262. - S. 264 in Nr. 263. - S. 265 in Nr. 264. - S. 266 in Nr. 265. - S. 267 in Nr. 266. - S. 268 in Nr. 267. - S. 269 in Nr. 268. - S. 270 in Nr. 269. - S. 271 in Nr. 270. - S. 272 in Nr. 271. - S. 273 in Nr. 272. - S. 274 in Nr. 273. - S. 275 in Nr. 274. - S. 276 in Nr. 275. - S. 277 in Nr. 276. - S. 278 in Nr. 277. - S. 279 in Nr. 278. - S. 280 in Nr. 279. - S. 281 in Nr. 280. - S. 282 in Nr. 281. - S. 283 in Nr. 282. - S. 284 in Nr. 283. - S. 285 in Nr. 284. - S. 286 in Nr. 285. - S. 287 in Nr. 286. - S. 288 in Nr. 287. - S. 289 in Nr. 288. - S. 290 in Nr. 289. - S. 291 in Nr. 290. - S. 292 in Nr. 291. - S. 293 in Nr. 292. - S. 294 in Nr. 293. - S. 295 in Nr. 294. - S. 296 in Nr. 295. - S. 297 in Nr. 296. - S. 298 in Nr. 297. - S. 299 in Nr. 298. - S. 300 in Nr. 299. - S. 301 in Nr. 300. - S. 302 in Nr. 301. - S. 303 in Nr. 302. - S. 304 in Nr. 303. - S. 305 in Nr. 304. - S. 306 in Nr. 305. - S. 307 in Nr. 306. - S. 308 in Nr. 307. - S. 309 in Nr. 308. - S. 310 in Nr. 309. - S. 311 in Nr. 310. - S. 312 in Nr. 311. - S. 313 in Nr. 312. - S. 314 in Nr. 313. - S. 315 in Nr. 314. - S. 316 in Nr. 315. - S. 317 in Nr. 316. - S. 318 in Nr. 317. - S. 319 in Nr. 318. - S. 320 in Nr. 319. - S. 321 in Nr. 320. - S. 322 in Nr. 321. - S. 323 in Nr. 322. - S. 324 in Nr. 323. - S. 325 in Nr. 324. - S. 326 in Nr. 325. - S. 327 in Nr. 326. - S. 328 in Nr. 327. - S. 329 in Nr. 328. - S. 330 in Nr. 329. - S. 331 in Nr. 330. - S. 332 in Nr. 331. - S. 333 in Nr. 332. - S. 334 in Nr. 333. - S. 335 in Nr. 334. - S. 336 in Nr. 335. - S. 337 in Nr. 336. - S. 338 in Nr. 337. - S. 339 in Nr. 338. - S. 340 in Nr. 339. - S. 341 in Nr. 340. - S. 342 in Nr. 341. - S. 343 in Nr. 342. - S. 344 in Nr. 343. - S. 345 in Nr. 344. - S. 346 in Nr. 345. - S. 347 in Nr. 346. - S. 348 in Nr. 347. - S. 349 in Nr. 348. - S. 350 in Nr. 349. - S. 351 in Nr. 350. - S. 352 in Nr. 351. - S. 353 in Nr. 352. - S. 354 in Nr. 353. - S. 355 in Nr. 354. - S. 356 in Nr. 355. - S. 357 in Nr. 356. - S. 358 in Nr. 357. - S. 359 in Nr. 358. - S. 360 in Nr. 359. - S. 361 in Nr. 360. - S. 362 in Nr. 361. - S. 363 in Nr. 362. - S. 364 in Nr. 363. - S. 365 in Nr. 364. - S. 366 in Nr. 365. - S. 367 in Nr. 366. - S. 368 in Nr. 367. - S. 369 in Nr. 368. - S. 370 in Nr. 369. - S. 371 in Nr. 370. - S. 372 in Nr. 371. - S. 373 in Nr. 372. - S. 374 in Nr. 373. - S. 375 in Nr. 374. - S. 376 in Nr. 375. - S. 377 in Nr. 376. - S. 378 in Nr. 377. - S. 379 in Nr. 378. - S. 380 in Nr. 379. - S. 381 in Nr. 380. - S. 382 in Nr. 381. - S. 383 in Nr. 382. - S. 384 in Nr. 383. - S. 385 in Nr. 384. - S. 386 in Nr. 385. - S. 387 in Nr. 386. - S. 388 in Nr. 387. - S. 389 in Nr. 388. - S. 390 in Nr. 389. - S. 391 in Nr. 390. - S. 392 in Nr. 391. - S. 393 in Nr. 392. - S. 394 in Nr. 393. - S. 395 in Nr. 394. - S. 396 in Nr. 395. - S. 397 in Nr. 396. - S. 398 in Nr. 397. - S. 399 in Nr. 398. - S. 400 in Nr. 399. - S. 401 in Nr. 400. - S. 402 in Nr. 401. - S. 403 in Nr. 402. - S. 404 in Nr. 403. - S. 405 in Nr. 404. - S. 406 in Nr. 405. - S. 407 in Nr. 406. - S. 408 in Nr. 407. - S. 409 in Nr. 408. - S. 410 in Nr. 409. - S. 411 in Nr. 410. - S. 412 in Nr. 411. - S. 413 in Nr. 412. - S. 414 in Nr. 413. - S. 415 in Nr. 414. - S. 416 in Nr. 415. - S. 417 in Nr. 416. - S. 418 in Nr. 417. - S. 419 in Nr. 418. - S. 420 in Nr. 419. - S. 421 in Nr. 420. - S. 422 in Nr. 421. - S. 423 in Nr. 422. - S. 424 in Nr. 423. - S. 425 in Nr. 424. - S. 426 in Nr. 425. - S. 427 in Nr. 426. - S. 428 in Nr. 427. - S. 429 in Nr. 428. - S. 430 in Nr. 429. - S. 431 in Nr. 430. - S. 432 in Nr. 431. - S. 433 in Nr. 432. - S. 434 in Nr. 433. - S. 435 in Nr. 434. - S. 436 in Nr. 435. - S. 437 in Nr. 436. - S. 438 in Nr. 437. - S. 439 in Nr. 438. - S. 440 in Nr. 439. - S. 441 in Nr. 440. - S. 442 in Nr. 441. - S. 443 in Nr. 442. - S. 444 in Nr. 443. - S. 445 in Nr. 444. - S. 446 in Nr. 445. - S. 447 in Nr. 446. - S. 448 in Nr. 447. - S. 449 in Nr. 448. - S. 450 in Nr. 449. - S. 451 in Nr. 450. - S. 452 in Nr. 451. - S. 453 in Nr. 452. - S. 454 in Nr. 453. - S. 455 in Nr. 454. - S. 456 in Nr. 455. - S. 457 in Nr. 456. - S. 458 in Nr. 457. - S. 459 in Nr. 458. - S. 460 in Nr. 459. - S. 461 in Nr. 460. - S. 462 in Nr. 461. - S. 463 in Nr. 462. - S. 464 in Nr. 463. - S. 465 in Nr. 464. - S. 466 in Nr. 465. - S. 467 in Nr. 466. - S. 468 in Nr. 467. - S. 469 in Nr. 468. - S. 470 in Nr. 469. - S. 471 in Nr. 470. - S. 472 in Nr. 471. - S. 473 in Nr. 472. - S. 474 in Nr. 473. - S. 475 in Nr. 474. - S. 476 in Nr. 475. - S. 477 in Nr. 476. - S. 478 in Nr. 477. - S. 479 in Nr. 478. - S. 480 in Nr. 479. - S. 481 in Nr. 480. - S. 482 in Nr. 481. - S. 483 in Nr. 482. - S. 484 in Nr. 483. - S. 485 in Nr. 484. - S. 486 in Nr. 485. - S. 487 in Nr. 486. - S. 488 in Nr. 487. - S. 489 in Nr. 488. - S. 490 in Nr. 489. - S. 491 in Nr. 490. - S. 492 in Nr. 491. - S. 493 in Nr. 492. - S. 494 in Nr. 493. - S. 495 in Nr. 494. - S. 496 in Nr. 495. - S. 497 in Nr. 496. - S. 498 in Nr. 497. - S. 499 in Nr. 498. - S. 500 in Nr. 499. - S. 501 in Nr. 500. - S. 502 in Nr. 501. - S. 503 in Nr. 502. - S. 504 in Nr. 503. - S. 505 in Nr. 504. - S. 506 in Nr. 505. - S. 507 in Nr. 506. - S. 508 in Nr. 507. - S. 509 in Nr. 508. - S. 510 in Nr. 509. - S. 511 in Nr. 510. - S. 512 in Nr. 511. - S. 513 in Nr. 512. - S. 514 in Nr. 513. - S. 515 in Nr. 514. - S. 516 in Nr. 515. - S. 517 in Nr. 516. - S. 518 in Nr. 517. - S. 519 in Nr. 518. - S. 520 in Nr. 519. - S. 521 in Nr. 520. - S. 522 in Nr. 521. - S. 523 in Nr. 522. - S. 524 in Nr. 523. - S. 525 in Nr. 524. - S. 526 in Nr. 525. - S. 527 in Nr. 526. - S. 528 in Nr. 527. - S. 529 in Nr. 528. - S. 530 in Nr. 529. - S. 531 in Nr. 530. - S. 532 in Nr. 531. - S. 533 in Nr. 532. - S. 534 in Nr. 533. - S. 535 in Nr. 534. - S. 536 in Nr. 535. - S. 537 in Nr. 536. - S. 538 in Nr. 537. - S. 539 in Nr. 538. - S. 540 in Nr. 539. - S. 541 in Nr. 540. - S. 542 in Nr. 541. - S. 543 in Nr. 542. - S. 544 in Nr. 543. - S. 545 in Nr. 544. - S. 546 in Nr. 545. - S. 547 in Nr. 546. - S. 548 in Nr. 547. - S. 549 in Nr. 548. - S. 550 in Nr. 549. - S. 551 in Nr. 550. - S. 552 in Nr. 551. - S. 553 in Nr. 552. - S. 554 in Nr. 553. - S. 555 in Nr. 554. - S. 556 in Nr. 555. - S. 557 in Nr. 556. - S. 558 in Nr. 557. - S. 559 in Nr. 558. - S. 560 in Nr. 559. - S. 561 in Nr. 560. - S. 562 in Nr. 561. - S. 563 in Nr. 562. - S. 564 in Nr. 563. - S. 565 in Nr. 564. - S. 566 in Nr. 565. - S. 567 in Nr. 566. - S. 568 in Nr. 567. - S. 569 in Nr. 568. - S. 570 in Nr. 569. - S. 571 in Nr. 570. - S. 572 in Nr. 571. - S. 573 in Nr. 572. - S. 574 in Nr. 573. - S. 575 in Nr. 574. - S. 576 in Nr. 575. - S. 577 in Nr. 576. - S. 578 in Nr. 577. - S. 579 in Nr. 578. - S. 580 in Nr. 579. - S. 581 in Nr. 580. - S. 582 in Nr. 581. - S. 583 in Nr. 582. - S. 584 in Nr. 583. - S. 585 in Nr. 584. - S. 586 in Nr. 585. - S. 587 in Nr. 586. - S. 588 in Nr. 587. - S. 589 in Nr. 588. - S. 590 in Nr. 589. - S. 591 in Nr. 590. - S. 592 in Nr. 591. - S. 593 in Nr. 592. - S. 594 in Nr. 593. - S. 595 in Nr. 594. - S. 596 in Nr. 595. - S. 597 in Nr. 596. - S. 598 in Nr. 597. - S. 599 in Nr. 598. - S. 600 in Nr. 599. - S. 601 in Nr. 600. - S. 602 in Nr. 601. - S. 603 in Nr. 602. - S. 604 in Nr. 603. - S. 605 in Nr. 604. - S. 606 in Nr. 605. - S. 607 in Nr. 606. - S. 608 in Nr. 607. - S. 609 in Nr. 608. - S. 610 in Nr. 609. - S. 611 in Nr. 610. - S. 612 in Nr. 611. - S. 613 in Nr. 612. - S. 614 in Nr. 613. - S. 615 in Nr. 614. - S. 616 in Nr. 615. - S. 617 in Nr. 616. - S. 618 in Nr. 617. - S. 619 in Nr. 618. - S. 620 in Nr. 619. - S. 621 in Nr. 620. - S. 622 in Nr. 621. - S. 623 in Nr. 622. - S. 624 in Nr. 623. - S. 625 in Nr. 624. - S. 626 in Nr. 625. - S. 627 in Nr. 626. - S. 628 in Nr. 627. - S. 629 in Nr. 628. - S. 630 in Nr. 629. - S. 631 in Nr. 630. - S. 632 in Nr. 631. - S. 633 in Nr. 632. - S. 634 in Nr. 633. - S. 635 in Nr. 634. - S. 636 in Nr. 635. - S. 637 in Nr. 636. - S. 638 in Nr. 637. - S. 639 in Nr. 638. - S. 640 in Nr. 639. - S. 641 in Nr. 640. - S. 642 in Nr. 641. - S. 643 in Nr. 642. - S. 644 in Nr. 643. - S. 645 in Nr. 644. - S. 646 in Nr. 645. - S. 647 in Nr. 646. - S. 648 in Nr. 647. - S. 649 in Nr. 648. - S. 650 in Nr. 649. - S. 651 in Nr. 650. - S. 652 in Nr. 651. - S. 653 in Nr. 652. - S. 654 in Nr. 653. - S. 655 in Nr. 654. - S. 656 in Nr. 655. - S. 657 in Nr. 656. - S. 658 in Nr. 657. - S. 659 in Nr. 658. - S. 660 in Nr. 659. - S. 661 in Nr. 660. - S. 662 in Nr. 661. - S. 663 in Nr. 662. - S. 664 in Nr. 663. - S. 665 in Nr. 664. - S. 666 in Nr. 665. - S. 667 in Nr. 666. - S. 668 in Nr. 667. - S. 669 in Nr. 668. - S. 670 in Nr. 669. - S. 671 in Nr. 670. - S. 672 in Nr. 671. - S. 673 in Nr. 672. - S. 674 in Nr. 673. - S. 675 in Nr. 674. - S. 676 in Nr. 675. - S. 677 in Nr. 676. - S. 678 in Nr. 677. - S. 679 in Nr. 678. - S. 680 in Nr. 679. - S. 681 in Nr. 680. - S. 682 in Nr. 681. - S. 683 in Nr. 682. - S. 684 in Nr. 683. - S. 685 in Nr. 684. - S. 686 in Nr. 685. - S. 687 in Nr. 686. - S. 688 in Nr. 687. - S. 689 in Nr. 688. - S. 690 in Nr. 689. - S. 691 in Nr. 690. - S. 692 in Nr. 691. - S. 693 in Nr. 692. - S. 694 in Nr. 693. - S. 695 in Nr. 694. - S. 696 in Nr. 695. - S. 697 in Nr. 696. - S. 698 in Nr. 697. - S. 699 in Nr. 698. - S. 700 in Nr. 699. - S. 701 in Nr. 700. - S. 702 in Nr. 701. - S. 703 in Nr. 702. - S. 704 in Nr. 703. - S. 705 in Nr. 704. - S. 706 in Nr. 705. - S. 707 in Nr. 706. - S. 708 in Nr. 707. - S. 709 in Nr. 708. - S. 710 in Nr. 709. - S. 711 in Nr. 710. - S. 712 in Nr. 711. - S. 713 in Nr. 712. - S. 714 in Nr. 713. - S. 715 in Nr. 714. - S. 716 in Nr. 715. - S. 717 in Nr. 716. - S. 718 in Nr. 717. - S. 719 in Nr. 718. - S. 720 in Nr. 719. - S. 721 in Nr. 720. - S. 722 in Nr. 721. - S. 723 in Nr. 722. - S. 724 in Nr. 723. - S. 725 in Nr. 724. - S. 726 in Nr. 725. - S. 727 in Nr. 726. - S. 728 in Nr. 727. - S. 729 in Nr. 728. - S. 730 in Nr. 729. - S. 731 in Nr. 730. - S. 732 in Nr. 731. - S. 733 in Nr. 732. - S. 734 in Nr. 733. - S. 735 in Nr. 734. - S. 736 in Nr. 735. - S. 737 in Nr. 736. - S. 738 in Nr. 737. - S. 739 in Nr. 738. - S. 740 in Nr. 739. - S. 741 in Nr. 740. - S. 742 in Nr. 741. - S. 743 in Nr. 742. - S. 744 in Nr. 743. - S. 745 in Nr. 744. - S. 746 in Nr. 745. - S. 747 in Nr. 746. - S. 748 in Nr. 747. - S. 749 in Nr. 748. - S. 750 in Nr. 749. - S. 751 in Nr. 750. - S. 752 in Nr. 751. - S. 753 in Nr. 752. - S. 754 in Nr. 753. - S. 755 in Nr. 754. - S. 756 in Nr. 755. - S. 757 in Nr. 756. - S. 758 in Nr. 757. - S. 759 in Nr. 758. - S. 760 in Nr. 7